

N i e d e r s c h r i f t

**der 15. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
25.11.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:05 Uhr bis 18:22 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Hendrik Lange	Vorsitzender des Stadtrates	
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 14:26 Uhr
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 19:43 Uhr
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Frank Sängler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 19:42 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Ulrike Wünschler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Stan Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	ab 14:11 Uhr
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	ab 14:10 Uhr
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	ab 14:26 Uhr
Fabian Borggreffe	SPD-Fraktion	
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion	
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion	
Katharina Hintz	SPD-Fraktion	bis 19:28 Uhr
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion	
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion	
Johannes Krause	SPD-Fraktion	
Bernward Rothe	SPD-Fraktion	ab 14:15 Uhr
Kay Senius	SPD-Fraktion	ab 15:49 Uhr
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion	
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 14:05 Uhr
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 14:10 Uhr
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Helmut-Ernst Kaßner	Stadtrat	
Markus Klätte	Stadtrat	ab 14:13 Uhr
Gerhard Pitsch	Stadtrat	

Egbert Geier
Uwe Stäglin
Dr. Judith Marquardt
Tobias Kogge
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
Marco Schreyer
Katharina Brederlow
Maik Stehle

Bürgermeister
Beigeordneter
Beigeordnete
Beigeordneter
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Gisela Wagner
Christoph Bernstiel
Andreas Hajek
Dr. Michael Lämmerhirt
Gernot Töpfer
Sven Knöchel
Anja Krimmling-Schoeffler
Dr. Karamba Diaby

Stadträtin
CDU/FDP-Stadtratsfraktion
CDU/FDP-Stadtratsfraktion
CDU/FDP-Stadtratsfraktion
CDU/FDP-Stadtratsfraktion
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 15. Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Zu Beginn der Stadtratssitzung stellte sich **Frau Katja Kaiser** vom Frauenschutzhaus der Stadt Halle, stellvertretend für die Fachgruppe „Häusliche Gewalt und Stalking“ und die Arbeitsgruppe „Gegen Gewalt an Kindern und Jugendlichen“ vor. Sie berichtete über die seit 10 Jahren zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen stattfindenden Veranstaltungen. Unter Federführung der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Halle (Saale) werde vor dem Stadthaus Flagge gezeigt, um ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen zu setzen.

Frau Kaiser berichtete im Weiteren über die Arbeit des Frauenschutzhauses und die Betreuung von Frauen und Mädchen.

Mit den aktuellen Kampagnen zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen soll die Öffentlichkeit sensibilisiert und aufgeklärt und die Zivilcourage gestärkt werden.

Herr Thomas zur Einrichtung einer zentralen Vorhabenliste

Bezogen auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einrichtung einer zentralen Vorhabenliste und die gegenteilige Positionierung des Oberbürgermeisters dazu, bat **Herr Thomas** um eine gemeinsame Abarbeitung des Themas.

Da Transparenz eines der Ziele des Oberbürgermeisters sei, passe der Inhalt des Antrages perfekt zu diesem Ziel. Der Antrag würde die Transparenz, Bürgerbeteiligung und das Ansehen der Verwaltung verbessern und sollte nicht wegen der Art seiner Einbringung beschädigt werden.

Sollte der Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat scheitern, werde er eine inhaltsgleiche Petition beim Oberbürgermeister einreichen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass die von Herrn Thomas angesprochene Liste seit Februar 2015 auf der Internetseite der Stadt Halle veröffentlicht ist und ständig aktualisiert wird, sodass sämtliche Vorhaben und Tätigkeiten der einzelnen Geschäfts- und Fachbereiche dort nachzulesen sind.

Herr Fritz zur Ufermauer Saline

Herr Fritz bezog sich in seiner Anfrage auf eine Beschlussvorlage zur Ufermauer Saline und dem damit verbundenen Durchleitungsbeschluss für Fluthilfefördermittel. Er kritisierte die im Beschluss genannte Formulierung zur Begründung der Schadensfälle.

Er führte weiterhin aus, dass er in Internetrecherchen für den konkreten Beschlussfall zum Tagesordnungspunkt 7.4 festgestellt hat, dass der dort genannte Schaden für die Ufermauer Saline schon vor der Flut 2013 vorlag und die Mauer schon im Jahr 2012 abgerissen werden sollte.

Herr Fritz bat die Verwaltung um eine Erklärung zu seinen Ausführungen.

Durch **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, wurde dazu mitgeteilt, dass die Verwaltung nach dem Junihochwasser 2013 eine Sonderprüfung für die Projekte durchführte, die zu diesem Zeitpunkt als potentiell hochwassergeschädigte Objekte galten, weil der Fördermittelgeber für das Thema Fluthilfe jeweils ein Schadensgutachten anforderte.

Ebenso habe es eine Verstärkung von Schäden durch das Hochwasser gegeben, was über den Fördermittelgeber geprüft wurde.

Zu der von Herrn Fritz genannten Berichterstattung bezüglich der Ufermauer stellte **Herr Beigeordneter Stäglin** fest, dass zum damaligen Zeitpunkt die Absicht bestand, auf beiden Seiten im Bereich MMZ an den Stützmauern Fördermittel zu akquirieren. Durch das Hochwasser habe sich dann eine geänderte Situation dargestellt, auch die weitere Planung und Abstimmung betreffend.

Die jetzt vorliegende Variante, welche auch von Seiten des Denkmalschutzes favorisiert wird, stellt im Interesse der Stadt eine sinnvolle Variante für die Stützmauer Saline dar.

Herr Renner zum Bestand der Erhaltungssatzung "Gartenstadt Gesundbrunnen"

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion wurde zur Einwohnerfrage von Herrn Renner ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Renner

Werte Damen und Herren, sehr geehrter Stadtrat, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister. Mein Name ist Harald Renner., ich komme aus dem Süden von Halle, bin 64 Jahre alt und wohne unmittelbar neben dem Pestalozzipark.

Mir geht es nochmal um die Erhaltungssatzung „ES 55 - Gartenstadt Gesundbrunnen“. Sie werden sich sicherlich noch daran erinnern, dass wir 2013/2014 darum gekämpft hatten, 1.000 Bürger der Bürgerinitiative, dass dort Stellplätze in Größe von 10 qm für Pkw geschaffen werden können.

Die Kanonen wurden aufgefahren, es wurden Rückbauverfügungen erlassen, unter Strafan-drohung bis zu 300.000 Euro.

Nach der Wahl hat sich der Stadtrat entschieden, am 25.Juni 2014, die Satzung nicht aufzuheben, sondern den Fortbestand dieser Satzung zu garantieren.

Zwischenzeitlich haben aber einige Wohnungsgenossenschaften dort Bauten weggerissen, haben Parkplätze geschaffen, für die, die dafür gekämpft hatten, das war die HWG.

Und eine weitere GWG hat auf 10.000 qm Grünfläche fünf Wohnungsbauten, fünf Wohnblöcke mit 70 Wohnungen und mit Tiefgarage errichtet. Diese GWG Eigene Scholle hat 2012/2013 das Gelände der Diesterwegschule erworben. Die Diesterwegschule ist denkmalgeschützt, da sie im Bauhausstil gebaut worden ist und die Umfassungsmauer des Schulgartens ist auch denkmalgeschützt. Auf diesem Areal sollen weitere fünf Wohnblöcke gebaut werden mit Tiefgarage.

Das ist unmittelbar in der Kernzone der Erhaltungssatzung, unmittelbar im Bereich der Sichtachsen des Pestalozziparkes.

Deshalb meine Fragen:

- Gibt es die Erhaltungssatzung „ES 55 – Gesundbrunnen“ überhaupt noch?
- Wenn ja, in welchen Grenzen und wo wurden diese veröffentlicht?
- Wieso gibt es eine Baugenehmigung unter Missachtung der Satzung, also der ES 55 und dazu noch in dem denkmalgeschützten Areal?
- Wieso gibt es eine Baugenehmigung nach § 34 Baugesetzbuch bei fünf unterschiedlich hohen Wohnblöcken, die abbögend in Höhe, Form von der vorhandenen Bebauung sind?
- Warum gibt es hier keinen Bebauungsplan?
- Warum werden die Gesetze wiederholt verbogen? Ich meine jetzt § 34 Baugesetzbuch, denn unterschiedlich kann die Bebauung gar nicht sein.
- Warum gibt es in der schon erteilten Baugenehmigung keine Hinweise auf die Vorgaben der Erhaltungssatzung Gartenstadt Gesundbrunnen, auf den Denkmalschutz und auf die ausgleichenden Ersatzmaßnahmen?

Meine Damen und Herren, größer kann die Missachtung der Beschlüsse des Stadtrates nicht sein. Es ist ein eklatantes Verbiegen der Gesetze und des Baugesetzbuches. Es wird die Erhaltungssatzung Gartenstadt Gesundbrunnen ausgehebelt und es wird eine, wahrscheinlich der vielen Gefälligkeiten an eine GWG.

Unterschiedlicher, Herr Bürgermeister, kann die Gleichbehandlung unserer Bürger in diesem Wohngebiet nicht sein. Es zeigen sich Probleme ab oder Parallelen zum Wohnpark Paulusviertel beziehungsweise zu Dölau.

Die Antworten meiner Fragen Herr Stäglin, hätte ich gerne schriftlich.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates

Herr Stäglin hat aber jetzt trotzdem die Möglichkeit sich zu äußern.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Da ich jetzt nochmal die Fragen schriftlich habe und natürlich hier nicht die Baugenehmigung habe und weil es die Interessen eines Dritten betrifft, nicht aus der Baugenehmigung, erstens weil sie nicht vorliegt, zweitens weil man halt gucken muss, was wäre öffentlich oder nicht öffentlich, zitieren kann, möchte ich schon beantworten, dass wir die Erhaltungssatzung natürlich noch haben. Da gab es einen Beschluss aus dem Rat dazu. Da gab es auch eine Auswertung über das weitere Verfahren am Tisch des Oberbürgermeisters mit Anwesenheit des Fachbereiches Bauen.

Die Grenzen haben sich nicht geändert zu dem letzten bekannten Stand, der hier im Rat auch transportiert wurde bei der Diskussion über die Aufhebung der Erhaltungssatzung. Und wenn, das sage ich aber jetzt sehr generell, in der Prüfung festgestellt wird, dass eine Baugenehmigung nach § 34 Baugesetzbuch erteilt werden kann, dann gibt es auch einen Anspruch des Bauherren, diese erteilt zu bekommen.

Und der Unterschied vielleicht zu manch anderem Bauvorhaben kann gut sein, da ich jetzt nicht den Einzelvorgang habe, stelle ich das so als „kann“ in den Raum, Sie kriegen dann noch entsprechend die konkrete Antwort, dass es die entsprechende Nachfrage des Bauherren gab, beim Fachbereich Planen, also Stadtverwaltung anderer Teil, der genau über die Interessen bezüglich der Erhaltungssatzung, jetzt sage ich mal „wacht“.

Weil, eine Erhaltungssatzung, die Diskussion hatte ich auch mit Anwohnern, nicht heißt, dass ich gar nichts mehr entwickeln kann, sondern es geht um eine weitere Prüfung. Und die Prüfung soll vorgenommen werden, ob sie der städtebaulichen Entwicklung hier konform geht oder zuwider läuft.

Dementsprechend kriegen Sie über die weiteren Detailfragen dann natürlich eine schriftliche Antwort.

Herr Renner

Ich danke Ihnen.

Ende des Wortprotokolls.

Frau Keyßer zur Verkehrsentwicklung im Steintor-Viertel

Frau Keyßer stellte sich als Vertreterin einer Bürgerinitiative des Wohnviertels am Steintor/ August-Bebel-Viertel vor.

Bezugnehmend auf das Verkehrskonzept in dem Viertel fragte Sie nach der Anzahl der gebauten Parkplätze und welche weiteren Planungen vorgesehen sind.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, wies darauf hin, dass das Land als Bauherr es nicht schaffte, auf der Fläche Hollystraße ein Parkhaus zu realisieren. Dementsprechend hat das Land, als Bauherr für den Steintorcampus, die zu realisierenden Stellplätze auf dem Grundstück des Steintorcampus umgesetzt und die anderen Stellplätze abgelöst. Damit habe die Stadt eine Einnahme über die Haushaltsstelle Stellplatzablöse erhalten.

Derzeit gibt es kein konkretes Parkhausprojekt mehr auf der Fläche Hollystraße bzw. Ludwig-Wucherer-Straße.

Herr Beigeordneter Stäglin informierte weiter über eine Untersuchung bezüglich des Parkdruckes im Paulusviertel/Medizinerviertel, welche im Januar in die Ratsgremien gegeben werden soll, um weitere Schritte abzuleiten. Zum Thema Steintorviertel habe es eine solche Erklärung über das Erfordernis noch nicht gegeben.

Bezüglich des fließenden Verkehrs sei jedoch die Einbeziehung des Bereiches um den August-Bebel-Platz in eine Tempo 30 Ausweisung vorgesehen, um den Durchgangsverkehr durch das Quartier zu minimieren. Im Moment laufen dazu die verwaltungsinternen Abstimmungen.

Frau Buchholtz zu Vorschlägen des Netzwerk Süd

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion wurde zur Einwohnerfrage von Frau Buchholtz ein Wortprotokoll erstellt.

Frau Buchholtz

Schönen guten Tag. Mein Name ist Gerhild Buchholtz. Ich lebe und arbeite seit 23 Jahren in Ammendorf und bin Inhaberin der „Glück Auf Apotheke“ in Ammendorf. Ich spreche hier für das Netzwerk Süd aus Halle-Ammendorf.

Wir haben in den letzten zwei Monaten 1.048 Unterschriften gesammelt, für den Erhalt beziehungsweise die Aufwertung unseres Stadtteiles Ammendorf, dass er zu einem lebenswerten Stadtteil mit einer vernünftigen Infrastruktur wird. Ammendorf war ja bis zur Eingemeindung nach Halle eine wohlhabende eigenständige Gemeinde.

Daher möchte ich fragen, ob Sie Herr Oberbürgermeister bereit sind, die Unterschriften entgegenzunehmen und inwieweit die Stadt, die insgesamt 12 Vorschläge und Forderungen der Bürger berücksichtigen wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch fragen, wann der Stadtrat auf dem vom Netzwerk initiierten offenen Brief zur Merseburger Straße antworten wird.

Wenn Sie erlauben, benenne ich hier kurz fünf von zwölf Punkten:

1. Die Aufwertung des Florian-Geyer-Platzes und Errichtung von Parkplätzen für Pendler und Kunden ortsansässiger Händler und Unternehmen;
2. Erhalt der Vierspurigkeit der Merseburger Straße als überregional bedeutende Bundesstraße, auch nach der geplanten Sanierung;
3. Flächendeckende Versorgung aller Haushalte im Stadtteil und Unternehmen am Industriestandort mit schnellen Breitbandinternetzugängen;
4. Hochwasserschutzkonzept für alle Stadtteile an der Weißen Elster und Vorhalten einer Sandsackbefüllstation in der Äußeren Radeweller Straße im Ernstfall;
5. Ertüchtigung des Kinderspielplatzes in der Karl-Pilger-Straße.

Vielen Dank.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates

Herr Stäglin kann erst mal antworten.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Ja, Frau Buchholtz, besten Dank für die Fragen.

Ich hoffe, sage ich jetzt erst mal so, dass das Netzwerk Süd auch in den Diskussionen zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept, die wir ja intensiv in den letzten anderthalb Jahren, zwei Jahren durchgeführt haben, genau auch die Punkte eingespeist haben. Weil, wir sind gerade im Zusammenstellen aller Punkte.

Ich denke, da gab es sicherlich auch Unterstützung aus dem politischen Raum, dass diese Vorschläge in die Richtung transportiert werden. Wenn nicht, ist es gut, dass wir das jetzt nochmal bekommen, um zu gucken, was in den Entwurf des ISEK mit eingearbeitet werden kann.

Sicherlich ist es nicht möglich, alle Details jetzt zu beantworten.

Punkt zur Merseburger Straße. Im Moment befindet sich die HAVAG als Maßnahmeträger für das Stadtbahnprogramm in der Vorplanung für den Abschnitt Merseburger Straße Mitte und Süd. Im Ergebnis müssen wir dann verwaltungsintern gucken, mit welchem Vorschlag wir den Rat im nächsten Jahr beschäftigen, sprich, eine Beschlussfassung herbeiführen können. So weit ist das Thema noch nicht.

Bezogen auf einzelne Flächen glaube ich, ist es am sinnvollsten, wenn Sie mir die Punkte mitgeben und wir gucken, was sich jetzt schon sofort beantworten lässt. Wir müssen auch abgleichen, gerade was Spielplätze betrifft, haben wir ja eine Spielflächenkonzeption, was dort für Ammendorf vorgesehen ist. So dass es sinnvoll ist, eine gebündelte Antwort zu machen.

Kontakt immer gerne und ich hoffe, dass viele der Punkte sich schon mit den Planwerken, die bereits vorliegen, überschneiden. Das ist, glaube ich, das Wesentliche.

Frau Buchholtz

Vielen Dank.

Herr Lange

Sie können die Unterschriften gern übergeben.

Ende des Wortprotokolls.

Herr Hoffmann zur Regensburger Straße

Herr Hoffmann teilte mit, dass er in der Regensburger Straße 135 wohnt und sich aktiv bei der Unterschriftenaktion für ein lebenswertes Ammendorf beteiligt und viele Gespräche mit Anwohnern der Regensburger Straße geführt hat.

Positiv erwähnte er die neu geschaffene Einrichtung der 30iger Zone sowie die vorläufige Einführung einer Tonnenbegrenzung für Lkw zwischen 22 Uhr und 6 Uhr.

Trotz dieser Maßnahmen stellt der Durchgangsverkehr mit 75 % Schwerlasttransporten eine starke Lärmbelastung dar, was besonders den Straßenbereich vom Hauptbahnhof bis zur Schule in Radewell betrifft.

Herr Hoffmann fragte an, ob sich Herr Oberbürgermeister gemeinsam mit Herrn Teschner vor Ort einen Überblick über die Situation verschaffen würde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass sich die Verwaltung mit dem Netzwerk in ständigem Kontakt befindet und sehr umfangreiche Gespräche mit Herrn Keindorf geführt worden sind.

Die von Herrn Hoffmann genannten Verstöße, welche zu den Lärmbelastungen führen, werde er an die Polizei weitergeben, um auf stärkere Kontrollen aufmerksam zu machen.

Des Weiteren führte er aus, dass es in Vorbereitung der vorläufigen Maßnahmen schon mehrere Vor-Ort-Termine, auch mit Herrn Teschner, gab.

Aus Sicht der Verwaltung wurden erste Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung getroffen. Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde aber auch darauf hingewiesen, dass für die Fahrten der ansässigen Gewerbetreibenden Ausnahmegenehmigungen erteilt worden sind.

Auf die Nachfrage an **Herrn Hoffmann** nach seinen Vorstellungen zur Änderung der Situation, teilte dieser mit, dass durch die Anwohner ein generelles Durchfahrtsverbot für Lkw, ausgenommen die ortsansässigen Betriebe, geschaffen werden sollte. Ebenso müsse zeitnah die Fahrbahn in Radewell erneuert bzw. repariert werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bedankte sich für die Ausführungen und sicherte eine neuerliche Betrachtung des Sachverhaltes zu.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 15. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 45 Mitglieder des Stadtrates (78,95 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen, da sie in den Fachausschüssen vertagt worden sind:

- 8.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Öffnungszeiten der Hallenbäder während der Sommerzeit
Vorlage: VI/2015/01189
- 8.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Flächen am Sandanger als öffentliche Bolzplätze erhalten
Vorlage: VI/2015/01188
- 9.4 Antrag der Fraktionen DIE LINKE/ Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bildung eines zeitweiligen Ausschusses
Vorlage: VI/2015/01279
- 9.5 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Einrichtung eines Gremiums zur Flüchtlingssituation
Vorlage: VI/2015/01278
- 9.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stadttubenmanagement
Vorlage: VI/2015/01293
- 9.8.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stadttubenmanagement (VI/2015/01293)
Vorlage: VI/2015/01417

Herr Lange informierte darüber, dass nachfolgende Dringlichkeitsanträge auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen:

- 7.16 Änderungsantrag beim Land Sachsen-Anhalt bezüglich bereits bewilligter Städtebaufördermittel für das Programmjahr 2014 - Sanierung Leichtathletikanlagen des Sportplatzes der Sportgemeinschaft BUNA Halle e.V., Lilienstraße 18, 06122 Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01398

Es lagen keine Wortmeldungen zur Dringlichkeit vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: VI/2015/01398 einstimmig zugestimmt

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt **7.16** behandelt.

- 9.15 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bestellung eines Mitglieds in den Stiftungsrat der Paul-Riebeck-Stiftung
Vorlage: VI/2015/01485

Es lagen keine Wortmeldungen zur Dringlichkeit vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: VI/2015/01485 einstimmig zugestimmt

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt **9.15** behandelt.

- 9.16 Dringlichkeitsantrag des Finanzausschusses zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 (Vorlage: VI/2015/01200)
Vorlage: VI/2015/01497

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, begründete die Dringlichkeit der Vorlage und informierte über die Diskussion in der letzten Sitzung des Finanzausschusses zum Thema Asyl und die Kosten, die im Haushalt für das kommende Jahr dazu abzubilden sind.

Die Verwaltung hatte bezüglich der Kosten, die im Zuge des Landesaufnahmegesetzes, welches am 01.01.2016 in Kraft tritt, vorgetragen, welche Kosten für die Stadt Halle entstehen werden und es wurde auch die dafür vorgesehene Deckung vorgelegt. Gleiches betrifft die Kosten, die sich im Zusammenhang mit der Durchführung der Regelung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ergeben.

Jedoch konnte nicht dargestellt werden, welche Folgekosten mit der Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt zusammenhängen.

Da der Finanzausschuss einstimmig die Meinung vertritt, dass die Zahlen dringend vorzulegen sind, um den Haushaltsplan beschließen zu können, habe man jetzt den Weg über den Stadtrat gewählt.

Mit dem Dringlichkeitsantrag soll die Verwaltung beauftragt werden, die Zahlen vorzulegen, um in der Abschlussberatung zum Haushalt darüber zu diskutieren und den Haushalt im Gesamtpaket abstimmen zu können.

Die Dringlichkeit sei auch deshalb notwendig, da die Zahlen im Sinne von Transparenz der Kosten, die in der Stadt anfallen werden, für die Haushaltsplanung benötigt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bestätigte die Dringlichkeit und verwies in diesem Zusammenhang auf seine Ausführungen im nachfolgenden Bericht des Oberbürgermeisters.

Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit lagen nicht vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: VI/2015/01497 einstimmig zugestimmt

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt **9.16** behandelt.

Herr Lange informierte über nachfolgende Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung:

7.2 Gesamtabschlussrichtlinie der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01325

Hierzu liegt ein Änderungsantrag des Stadtrates André Cierpinski, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, vor.

7.6 Grundsatzbeschluss zum Erhalt des Scheibenensembles im Zentrum des Stadtteils Neustadt
Vorlage: VI/2015/01130

Hierzu liegen ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion und Änderungen in den Begründungen und Sachdarstellungen vor.

8.1 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Erweiterung des Angebots von öffentlichen Grillplätzen im Stadtgebiet Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01142

Hierzu wurde der Beschlussvorschlag geändert.

8.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße
Vorlage: V/2010/08828

Hierzu wurde der Beschlussvorschlag geändert.

9.7 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Erarbeitung eines wohnungspolitischen Konzeptes für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01235

Hierzu wurde der Beschlussvorschlag durch Übernahme des Änderungsantrages des Oberbürgermeisters geändert.

Herr Dr. Meerheim beantragte im Namen seiner Fraktion die Vertagung des Tagesordnungspunktes

7.2 Gesamtabschlussrichtlinie der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01325

Er begründete die Vertagung mit dem Vorliegen einer Information, dass das Land Sachsen-Anhalt demnächst einen Beschluss fassen wird, das Inkrafttreten einer gesetzlichen Grundlage für einen Gesamtabschluss für die Kommunen zu verschieben.

In diesem Zusammenhang bat er die Verwaltung um eine offizielle Anfrage bei der Landesverwaltung, ob es tatsächlich eine zeitliche Verschiebung geben wird. Sollte es keine Verschiebung geben, müsste die Vorlage im Stadtrat im Dezember behandelt werden.

Durch **Herrn Bürgermeister Geier** wurde die Einbringung der Vorlage mit der derzeitigen Rechtslage begründet. Solange es keine anderweitige Mitteilung des Landes diesbezüglich gibt, müsse man sich an die gesetzlichen Gegebenheiten halten.

Das heißt, dass man die Jahresabschlüsse des Jahres 2016 im Jahr bis Ende 2017 konsolidiert haben muss. Um das zu erreichen sei der zeitliche Vorlauf notwendig.

Des Weiteren informierte er darüber, dass Vorabsprachen mit den Geschäftsführern der städtischen Unternehmen geführt worden sind, die immer unter dem Vorbehalt der Beschlüsse des Stadtrates im Rahmen der Richtlinie stehen. Die Richtlinie sei auch aus dem Grund notwendig, um den Geschäftsführern die Beschlusslage des Stadtrates darzulegen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen bat **Herr Lange** um Abstimmung zur Vertagung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis zur Vertagung: **mehrheitlich zugestimmt**
Vorlage: VI/2015/01325

Zur Tagesordnung gab es keine weiteren Änderungen und Ergänzungen und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten TO: **mehrheitlich zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 28.10.2015
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
Vorlage: VI/2015/01414
5. Bericht des Oberbürgermeisters

- 6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
- 7. Beschlussvorlagen
- 7.1 Jahresabschluss 2014 der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: VI/2015/01374
- 7.2 *Gesamtabschlussrichtlinie der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2015/01325 vertagt
- 7.2.1 *Änderungsantrag des Stadtrates André Cierpinski (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur
Vorlagen-Nr.: VI/2015/01325 - Gesamtabschlussrichtlinie der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2015/01474 vertagt
- 7.3 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und
überplanmäßige Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2015 im
Fachbereich Bildung
Vorlage: VI/2015/01355
- 7.4 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr
2015 für die Baumaßnahme HW Nr. 200 Ufermauer Saline zur Beseitigung von
Hochwasserschäden im Finanzhaushalt
Vorlage: VI/2015/01319
- 7.5 Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate
Alliance e. V.- Beschluss zur Aufhebung der Kündigung der Mitgliedschaft im Klima-
Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V.
Vorlage: VI/2015/01208
- 7.6 Grundsatzbeschluss zum Erhalt des Scheibenensembles im Zentrum des Stadtteils
Neustadt
Vorlage: VI/2015/01130
- 7.6.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Grundsatzbeschluss zum
Erhalt des Scheibenensembles im Zentrum des Stadtteils Neustadt (VI/2015/01130)
Vorlage: VI/2015/01473
- 7.7 Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 ÖPNV –
Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt für die HAVAG für das Jahr 2016, die Mittel für den
Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die Verteilung der Mittel nach § 9 ÖPNV
Vorlage: VI/2015/01122
- 7.8 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 165 "Nahversorgungszentrum Hubertusplatz"
- Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/01067
- 7.9 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 165 "Nahversorgungszentrum Hubertusplatz"
- Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/01068
- 7.10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 "Wohn- und Geschäftshaus
Dorotheenstraße/Leipziger Straße - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/01089

- 7.11 Widmung eines Teilstücks der Willi-Brundert-Straße
Vorlage: VI/2015/01251
- 7.12 Förderung des Halleschen Salinemuseum e.V. zum Betreiben des Technischen Halloren- und Salinemuseums Halle (Saale) ab dem 01.01.2016
Vorlage: VI/2015/01073
- 7.13 Baubeschluss für das Bauvorhaben der Stadt Halle (Saale) - Zweiter Bauabschnitt Sanierung des ehemaligen Druckereigebäudes im Stadtmuseum, Große Märkerstraße 10
Vorlage: VI/2015/01066
- 7.14 Einrichtung eines „Sozialrathauses“ - Grundsatzbeschluss zur räumlichen Bündelung von sozialen Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01429
- 7.15 Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: VI/2015/01229
- 7.16 Änderungsantrag beim Land Sachsen-Anhalt bezüglich bereits bewilligter Städtebaufördermittel für das Programmjahr 2014 - Sanierung Leichtathletikanlagen des Sportplatzes der Sportgemeinschaft BUNA Halle e.V., Lilienstraße 18, 06122 Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01398
8. Wiedervorlage
- 8.1 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Erweiterung des Angebots von öffentlichen Grillplätzen im Stadtgebiet Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01142
- 8.2 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum kommunalen Arbeitsmarktmanagement
Vorlage: VI/2015/01285
- 8.3 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur sozialen Wohnraumversorgung in der halleschen Innenstadt
Vorlage: VI/2015/00999
- 8.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße
Vorlage: V/2010/08828
- 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einrichtung einer zentralen Vorhabenliste
Vorlage: VI/2015/01201
- 8.6 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Öffnungszeiten der Hallenbäder während der Sommerzeit*
Vorlage: VI/2015/01189 vertagt
- 8.7 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Flächen am Sandanger als öffentliche Bolzplätze erhalten*
Vorlage: VI/2015/01188 vertagt
9. Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 9.1 Antrag der Stadträte Denis Häder, Hendrik Lange, Andreas Schachtschneider, Melanie Ranft und Kay Senius zur technischen Ausstattung von Grundschulen
Vorlage: VI/2015/01324
- 9.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zum Reinigungsregime an öffentlichen Schulen
Vorlage: VI/2015/01395
- 9.3 Antrag der Fraktionen DIE LINKE und CDU/FDP im Stadtrat Halle (Saale) zur Einstellung des Verfahrens zum Bebauungsplan Nr. 1, Gewerbegebiet Halle-Neustadt, 2. Änderung
Vorlage: VI/2015/01393
- 9.4 *Antrag der Fraktionen DIE LINKE/ Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bildung eines zeitweiligen Ausschusses*
Vorlage: VI/2015/01279 *vertagt*
- 9.5 *Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Einrichtung eines Gremiums zur Flüchtlingssituation*
Vorlage: VI/2015/01278 *vertagt*
- 9.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Bewohnerparken und zur Bewirtschaftung von Parkflächen im halleschen Stadtgebiet
Vorlage: VI/2015/01397
- 9.7 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Erarbeitung eines wohnungspolitischen Konzeptes für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01235
- 9.7.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Erarbeitung eines wohnungspolitischen Konzeptes für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01382
- 9.8 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stadttaubenmanagement*
Vorlage: VI/2015/01293 *vertagt*
- 9.8.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stadttaubenmanagement (VI/2015/01293)*
Vorlage: VI/2015/01417 *vertagt*
- 9.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sturmschäden machen Baumpflanzungen erforderlich
Vorlage: VI/2015/01412
- 9.10 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TiSA (Trade in Services Agreement)
Vorlage: VI/2015/01399
- 9.11 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Anpassung der Richtlinie für die Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01401

- 9.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Schaffung von Sozialwohnungen im Rahmen von Wohnungsbau- oder Sanierungsprojekten der HWG und GWG
Vorlage: VI/2015/01404
- 9.13 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Optimierung von Zahlungsverfahren und der damit verbundenen Verbesserung des Bürgerservices
Vorlage: VI/2015/01295
- . -erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters-
- 9.14 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01299
- . -erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters-
- 9.15 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bestellung eines Mitglieds in den Stiftungsrat der Paul-Riebeck-Stiftung
Vorlage: VI/2015/01485
- 9.16 Dringlichkeitsantrag des Finanzausschusses zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 (Vorlage: VI/2015/01200)
Vorlage: VI/2015/01497
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur Änderung bei der Bereitstellung von Müllbehältern
Vorlage: VI/2015/01162
- 10.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur Ausdehnung der Umweltzone
Vorlage: VI/2015/01383
- 10.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur Abbiegespur am Riebeckplatz
Vorlage: VI/2015/01384
- 10.4 Anfrage des Stadtrates Ulrich Peinhardt zu den LQE- Verhandlungen
Vorlage: VI/2015/01096
- 10.5 Anfrage des Stadtrates Ulrich Peinhardt (CDU/FDP-Fraktion) zur Unterstützung freier digitaler Netzwerke in Halle
Vorlage: VI/2015/01405
- 10.6 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI zur Umsetzung des Beschlusses zur Durchsetzung der Barrierefreiheit (V/2010/09227)
Vorlage: VI/2015/01276
- 10.7 Anfrage der SPD-Fraktion zu Widersprüchen des Oberbürgermeisters
Vorlage: VI/2015/01409

- 10.8 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Führungskräftebefragung und zur Mitarbeiterbefragung
Vorlage: VI/2015/01410
- 10.9 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Sportareal am Gesundbrunnen und zu Parkflächen
Vorlage: VI/2015/01411
- 10.10 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Restriktionen für Anwohner durch das Verkehrs- und Sicherheitskonzept des Erdgas-Sportparks
Vorlage: VI/2015/01413
- 10.11 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Reinigung städtischer Gebäude
Vorlage: VI/2015/01292
- 10.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abfallwirtschaft in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01287
- 10.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abfallbeseitigung in Grünanlagen
Vorlage: VI/2015/01203
- 10.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur geplanten Öffnung des Mühlgrabens für Paddelboote
Vorlage: VI/2015/00868
- 10.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwendung von Stellplatzablösebeiträgen
Vorlage: VI/2015/01400
- 10.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Alleenschutz in der Merseburger Straße
Vorlage: VI/2015/01403
- 10.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stadtgrün im Bereich des Gimritzer Damms
Vorlage: VI/2015/01408
- 10.18 Anfrage der Stadträtin Regina Schöps (NEUES FORUM) zur Wasserqualität am Hufeisensee
Vorlage: VI/2015/01396
- 10.19 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Wiederaufforstung der Dölauer Heide
Vorlage: VI/2015/01402
11. Mitteilungen
- 11.1 Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt und Aufnahme weiterer innerstädtischer Gebietsnamen in den Amtlichen Stadtplan der Stadt Halle (Saale),
Vorlagen-Nummer: V/2013/11461
Vorlage: VI/2015/01023

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Zu Beginn seiner Ausführungen berichtete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über die aktuellen Zahlen zur Flüchtlingssituation in der Stadt Halle mit Stand 25.11.2015.

Zum Zeitpunkt befinden sich 2.719 Flüchtlinge in der Stadt. Es wurden 436 Duldungen ausgesprochen. Humanitäre Aufenthaltstitel liegen für 401 Flüchtlinge vor.

Die Landesaufnahmeeinrichtung Maritim hat aktuell 553 Flüchtlinge, die Außenstelle Dölauer Straße 59 und die Jugendherberge August-Bebel-Straße 46. Unbegleitete Minderjährige gibt es in der Stadt derzeit 66.

Insgesamt handelt es sich damit um 4.358 Personen in der Stadt Halle (Saale). Nimmt man die aktuelle Bevölkerungszahl vom 30.09.2015 mit einer Einwohnerzahl von 234.516 liegt der Anteil bei 1,86 Prozent.

Für diese Woche sind 172 Zuweisungen angekündigt. Geplante Umzüge in dezentrale Wohnungen zum Stand 25.11. sollen für 80 Flüchtlinge erfolgen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte weiter über zwei aktuelle Erlasse des Landes. Zum einen liege ein Erlass vom 17.11.2015 für eine einmalige Finanzhilfe in Höhe von 114.000 Euro für die Sanierung und den Aus- und Neubau von Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern vor.

Bei dem zweiten Erlass des Landesverwaltungsamtes vom 16.11.2015 handelt es sich um eine Kostenerstattung nach dem Aufnahmegesetz für das Haushaltsjahr 2015, in welchem die Fallpauschale auf den Betrag von 8.600 Euro pro Person und pro Jahr festgesetzt wird.

In diesem Zusammenhang informierte er über einen Erlass des Freistaates Sachsen vom 07.09.2015 zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen, was als eine nichtvorhersehbare Notsituation bezeichnet wird und zitierte aus dem Inhalt des Erlasses:

„Die Genehmigung zur Überschreitung des Höchstbetrages der Kassenkredite gilt als erteilt. Die Voraussetzungen für die Leistung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen liegen auch dann vor, wenn ein erheblicher Fehlbedarf entsteht. Die Kreditaufnahmen werden zugelassen für wesentliche Instandsetzungen und Neubauten.“

Das Land Sachsen macht darauf aufmerksam, dass eine großzügige Auslegung bei der Verpflichtung zur Nachtragssatzung toleriert wird. Ein vorzeitiger Maßnahmebeginn wird zugelassen. Und dies ist dann, je nach Buchung, auf den einschlägigen Konten zu erfassen.

Auf Nachfrage haben das Ministerium des Landes Sachsen-Anhalt und das Landesverwaltungsamt bestätigt, dass ein Erlass, in diese Richtungen gehend, derzeit vorbereitet wird. Die Verwaltung geht davon aus, in der nächsten Woche den Erlass zu bekommen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte weiterhin mit, dass die ersten Anhörungen zum Asylverfahren der seit Spätsommer nach Halle gekommenen Flüchtlinge im März 2016 stattfinden sollen. Offen sei jedoch noch, wann die ersten Entscheidungen dazu gefällt werden und wann die Asylverfahren bestandskräftig abgeschlossen sind.

Ebenso sei nicht bekannt, wie viele Personen nach dem bestandskräftigen Abschluss in Halle bleiben und Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt werden wollen. Deshalb sind Berechnungen dazu nur schwer möglich.

Sollten am Ende des Haushaltsjahres noch Ausgaben der Kosten der Unterkunft kassenwirksam werden, wird nach gesetzlicher Vorgabe im Stadtrat eine überplanmäßige Aufwendung in Form einer Nachtragssatzung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Es wäre auch möglich, für den Monat Dezember einen anderen Ansatz aufzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über das Vorliegen des Wirtschaftsförderungskonzeptes, welches jetzt im Stadtrat beraten werde.

Bei der Auflistung der einzelnen Investitionen im städtischen Haushalt in den Jahren von 2015 bis 2020 verwies er auf den Zoo, das MMZ, den Stadtwerkekonzern, die städtischen Wohnungsgesellschaften und die Deutsche Bahn AG.

Wenn ein ausgeglichener Haushalt erreicht wird, steht ein Investitionsvolumen von insgesamt 2,24 Milliarden Euro zur Verfügung.

Im Vergleich zu den Investitionen von 2014 bis 2019, wo der Ansatz bei 1,5 Milliarden Euro lag, hat sich aufgrund der Aktivitäten und der Investitionen, besonders auch im Stadtwerkekonzern und in den Wohnungsgesellschaften, das Volumen um ca. 0,7 Milliarden Euro erhöht.

Des Weiteren berichtete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über die offizielle Eröffnung von ebay enterprice im Star-Park. Die Mitarbeiterzahl beträgt aktuell 350 von ursprünglich 100 geplanten Mitarbeitern. Davon sind 54 Prozent unmittelbar aus der Stadt Halle (Saale).

Darüber hinaus teilte er mit, dass der Kaufvertrag für eine Fläche im Star-Park mit der Hellmann Worldwide Logistics am 29.09.2015 unterzeichnet wurde. Die Investitionskosten liegen bei 14 Millionen Euro. Die Inbetriebnahme ist für September 2016 mit einer geplanten Mitarbeiterzahl von 100 vorgesehen.

Die Teilbaugenehmigung mit sofortigem Baubeginn wurde ausgesprochen.

Weiterhin informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über die Niederlassung des Logistikanbieters Fiege. Die in einer Option reservierte Fläche von 9,65 Hektar wurde definitiv verbindlich am 14.10.2015 verkauft. Die Investitionskosten werden 17 Millionen Euro betragen und die Inbetriebnahme sei am 01.07.2016 mit 100 Mitarbeitern geplant.

Die Teilbaugenehmigung ist erteilt, mit einem unverzüglichen Baubeginn.

Die Stadt geht davon aus, dass das Logistikunternehmen Fiege möglicherweise an einen Zulieferer unterverpachten wird.

Zum Star-Park insgesamt wurden durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die einzelnen Flächen erläutert, zu denen es ebenfalls schon Vertragsverhandlungen gibt. Ca. ein Fünftel der Fläche des Star-Park ist derzeit verkauft.

Momentan ist die Verwaltung dabei, weitere Gewerbeflächen im Stadtgebiet zu akquirieren und aufzubereiten, um diese mit einer großen Geschwindigkeit für die Anforderungen der Anbieter nutzbar zu machen. Derzeit erfüllt keine Fläche im Stadtgebiet die Voraussetzungen, welche im Star-Park vorliegen.

Abschließend bedankte sich **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** ausdrücklich bei den Aufsichtsratsmitgliedern der EVG (Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH).

zu 6 **Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass auf Verlangen einer Fraktion nach dem Bericht des Oberbürgermeisters eine Aussprache stattfinden kann.

Pro Fraktion sind jeweils zwei Redebeiträge möglich. Die Maximaldauer beträgt drei Minuten. Gegenstand der Aussprache sollen ausschließlich Sachverhalte aus dem Bericht des Oberbürgermeisters sein.

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

zu 7 **Beschlussvorlagen**

zu 7.1 **Jahresabschluss 2014 der Zoologischer Garten Halle GmbH** **Vorlage: VI/2015/01374**

(Dem Mitwirkungsverbot gemäß § 33 KVG LSA unterlag zu den Punkten 1 - 4: Herr Michael Sprung, CDU/FDP-Stadtratsfraktion und zum Pkt. 4: Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand, Herr Bernhard Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, Herr Frank Sänger, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, Frau Katja Müller, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, Herr Klaus Hopfgarten, SPD-Fraktion und Frau Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.)

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Einzelpunktabstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Einzelpunktabstimmung

Pkt. 1 - 3 einstimmig zugestimmt

Pkt. 4 einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) stimmt der Beschlussfassung des Ausschuss für Finanzen, städtische Teilnehmungsverwaltung und Liegenschaften vom 22.09.2015 zum Jahresabschluss der Zoologischer Garten Halle GmbH (VI/2015/01155) zu:

„Der gesetzliche Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Zoologischer Garten Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüferin Frau Uta Harning geprüfte und am 06.03.2015 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2014 wird festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	246.709,86 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	24.670.793,00 EUR.

2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 246.709,86 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Dem Geschäftsführer, Herrn Andreas Jacob, wird für das Jahr 2014 Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung erteilt.“

**zu 7.3 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßige Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2015 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VI/2015/01355**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2015 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.36307 vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (HHPL S. 1112)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 268.357 EUR.

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2015 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.36304 Hilfen für junge Volljährige/Eingliederungshilfe (HHPL Seite 1105)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 725.981 EUR.

III. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2015 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 15_4_510_2 Jugend (HHPL Seite 1125)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von 994.338 EUR.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgenden Produkten:

Zu I.

1.36307 vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (HHPL S. 1112)
Sachkontengruppe 42* sonstige Transfererträge in Höhe von 50.104 EUR und

1.31260 Bildung und Teilhabe SGB II (HHPL S. 930)
Sachkontengruppe 44* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 218.253 EUR.

Zu II.

1.36304 Hilfen für junge Volljährige/Eingliederungshilfe (HHPL Seite 1105)
Sachkontengruppe 42* Sonstige Transfererträge von 304.460EUR.

1.31260 Bildung und Teilhabe SGB II (HHPL Seite 930)
Sachkontengruppe 44* Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen von 421.521 EUR.

Zu III.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

15_4_510_2 Jugend (HHPL Seite 1125)

Finanzpositionsgruppe 62* Sonstige Transfereinzahlungen in Höhe von 354.564 EUR und

15_4_500 FB Soziales (HHPL Seite 952)

Finanzpositionengruppe 64* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 639.774 EUR.

**zu 7.4 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2015 für die Baumaßnahme HW Nr. 200 Ufermauer Saline zur Beseitigung von Hochwasserschäden im Finanzhaushalt
Vorlage: VI/2015/01319**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsjahr 2015 für die Baumaßnahme HW Nr. 200 Ufermauer Saline zur Beseitigung von Hochwasserschäden in Höhe von 1.837.200 € aus dem PSP-Element 8.54101080.700/78527777.

Die Deckung erfolgt aus der Minderinanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2015 aus den PSP-Elementen 8.54101057.700/78527777 HW Nr. 117 Halle-Saale-Schleife in Höhe von 1.325.000 € und aus 8.54101058.700/78527777 HW Nr. 121 Robert-Franz-Ring in Höhe von 512.200 €.

**zu 7.5 Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V.- Beschluss zur Aufhebung der Kündigung der Mitgliedschaft im Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V.
Vorlage: VI/2015/01208**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 10.07.2013, Vorlagen-Nummer V/2013/11533, im Punkt Kündigung der Mitgliedschaft im Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V.

zu 7.6 Grundsatzbeschluss zum Erhalt des Scheibenensembles im Zentrum des Stadtteils Neustadt
Vorlage: VI/2015/01130

zu 7.6.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Grundsatzbeschluss zum Erhalt des Scheibenensembles im Zentrum des Stadtteils Neustadt (VI/2015/01130)
Vorlage: VI/2015/01473

Herr Krause, SPD-Fraktion, bedankte sich für die konstruktive Herangehensweise der Ausschussmitglieder bei der Übernahme des Änderungsantrages seiner Fraktion. Des Weiteren wies er darauf hin, dass zunächst durch die Verwaltung ein Konzept vorgelegt werden muss und der Stadtrat in die einzelnen Schritte einbezogen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte noch einmal deutlich, dass der Änderungsantrag der SPD-Fraktion von der Verwaltung übernommen wird.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stimmte im Namen seiner Fraktion dem Inhalt des Antrages zu.
In Bezug auf den Änderungsantrag der SPD-Fraktion bat er um eine Erklärung des letzten Satzes im Punkt 5.

Durch **Herrn Krause** wurde darauf hingewiesen, dass der von Herrn Feigl kritisierte Formulierung „*Das Nutzungs- und Finanzierungskonzept ist dem Stadtrat vorzulegen, sofern es nicht durch einen Dritten erstellt wird.*“ erst im Verlauf der Diskussion im Ausschuss hinzukam.

Damit soll sichergestellt werden, dass Belange Dritter, die nichts mit dem Nutzungskonzept zu tun haben, nicht offengelegt werden müssen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, erläuterte die Diskussion aus dem Finanzausschuss zu diesem Passus und führte aus, dass es bei Vorlage eines erfolgreichen Konzeptes ohne die Inanspruchnahme von Fördermitteln durch einen Dritten, kein Thema des Rates sei.

Sollte es jedoch dazu kommen, dass Förderung angesprochen und beantragt wird, wäre die Vorlage des Konzeptes Teil der bekannten Einzelvorlagen zur Förderung.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

zu 7.6.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Grundsatzbeschluss zum Erhalt des Scheibenensembles im Zentrum des Stadtteils Neustadt (VI/2015/01130)
Vorlage: VI/2015/01473

Abstimmungsergebnis:

erledigt
durch Übernahme

Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:

1. ~~Die Stadt Halle (Saale) bekennt sich zum Erhalt des Scheibenensembles im Zentrum des Stadtteils Neustadt.~~
2. Ziel der Stadt Halle (Saale) ist **der Erhalt und** die Sanierung der Hochhauscheiben **des Scheibenensembles im Zentrum des Stadtteils Neustadt sowie** ~~und die~~ Revitalisierung der Neustädter Passage.
3. **Die Stadtverwaltung** ~~Der Oberbürgermeister~~ wird beauftragt, **darzustellen, in welcher Höhe die Einwerbung von Städtebaufördermitteln zur Sanierung des Scheibenensembles erforderlich ist. Die geplante Verwendung der Mittel ist transparent darzustellen und dem Stadtrat vor der Beantragung dem Beschluss der Städtebaufördermittel für das Programmjahr 2017 gesondert zur Beschlussfassung vorzulegen.** ~~die notwendigen Städtebaufördermittel für die Sanierung der Scheiben einzuwerben und die dafür zusätzlich notwendigen Eigenmittel bei der Haushaltsplanung zu berücksichtigen.~~
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für den Bereich des Zentrums Neustadt die Voraussetzungen zur Ausweisung einer Sanierungssatzung nach § 142 BauGB zu schaffen, die den Erhalt des Scheibenensembles sichert und Investitionen befördert. **Dem Stadtrat ist eine Vorlage zur Durchführung einer Vorbereitenden Untersuchung zur Beschlussfassung vorzulegen.**
5. Die Stadtverwaltung wird beauftragt bei Vorliegen eines tragfähigen Nutzungs- und Finanzierungskonzeptes die Hochhauscheibe A für den Markt zu aktivieren und die dafür rechtlich notwendigen Verfahrensschritte einzuleiten. **Das Nutzungs- und Finanzierungskonzept ist dem Stadtrat vorzulegen, sofern es nicht durch einen Dritten erstellt wird.**

zu 7.6 **Grundsatzbeschluss zum Erhalt des Scheibenensembles im Zentrum des Stadtteils Neustadt**
Vorlage: VI/2015/01130

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Ziel der Stadt Halle (Saale) ist der Erhalt und die Sanierung des Scheibenensembles im Zentrum des Stadtteils Neustadt sowie die Revitalisierung der Neustädter Passage.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, darzustellen, in welcher Höhe die Einwerbung von Städtebaufördermitteln zur Sanierung des Scheibenensembles erforderlich ist. Die geplante Verwendung der Mittel ist transparent darzustellen und dem Stadtrat vor

der Beantragung der Städtebaufördermittel für das Programmjahr 2017 gesondert zur Beschlussfassung vorzulegen.

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für den Bereich des Zentrums Neustadt die Voraussetzungen zur Ausweisung einer Sanierungssatzung nach § 142 BauGB zu schaffen, die den Erhalt des Scheibenensembles sichert und Investitionen befördert. Dem Stadtrat ist eine Vorlage zur Durchführung einer Vorbereitenden Untersuchung zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt bei Vorliegen eines tragfähigen Nutzungs- und Finanzierungskonzeptes die Hochhausscheibe A für den Markt zu aktivieren und die dafür rechtlich notwendigen Verfahrensschritte einzuleiten. Das Nutzungs- und Finanzierungskonzept ist dem Stadtrat vorzulegen, sofern es nicht durch einen Dritten erstellt wird.

**zu 7.7 Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 ÖPNV – Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt für die HAVAG für das Jahr 2016, die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die Verteilung der Mittel nach § 9 ÖPNV
Vorlage: VI/2015/01122**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Verwendung der Mittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 und § 9 des ÖPNV-Gesetzes des Landes und die Höhe des Ausgleiches verbundbedingter Belastungen an den Mitteldeutschen Verkehrsverbund werden beschlossen.

**zu 7.8 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 165 "Nahversorgungszentrum Hubertusplatz" - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/01067**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 165 „Nahversorgungszentrum Hubertusplatz“ wird zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

**zu 7.9 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 165 "Nahversorgungszentrum Hubertusplatz" - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/01068**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 165 „Nahversorgungszentrum Hubertusplatz“ gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 08.07.2015 als Satzung.
2. Die Begründung in der Fassung vom 08.07.2015 wird gebilligt.
3. Der Stadtrat nimmt den von der Verwaltung abgeschlossenen Durchführungsvertrag zur Kenntnis.

**zu 7.10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 "Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/01089**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

zu 7.11 Widmung eines Teilstücks der Willi-Brundert-Straße
Vorlage: VI/2015/01251

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, die Widmung eines Teilstücks der Willi-Brundert-Straße zur Gemeindestraße zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

zu 7.12 Förderung des Halleschen Salinemuseum e.V. zum Betreiben des Technischen Halloren- und Salinemuseums Halle (Saale) ab dem 01.01.2016
Vorlage: VI/2015/01073

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, stellte kurz die in den letzten Jahren sehr positive Entwicklung des Technischen Halloren- und Salinemuseums dar.

Er verwies aber auch darauf, dass neue Aktivitäten zur Erhöhung der Besucherzahlen unter den jetzigen Rahmenbedingungen kaum weiter möglich sind. Aus diesem Grund halte er es für notwendig, verstärkt das gesamte Salineensemble bei der weiteren Ausgestaltung des Salinemuseums in Betracht zu ziehen. Dabei sollten die bisher noch nicht oder nur wenig genutzten Gebäude, wie zum Beispiel die Salzsiedehalle, mit einbezogen werden.

Des Weiteren schlug er vor, auf der Grundlage von schon vorhandenen Machbarkeitsstudien eine grundsätzliche Konzeption in Bezug auf die Nutzung und Sanierung der Gebäude zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Diskussion vorzulegen.

Abschließend machte **Herr Dr. Bartsch** auf das im Jahr 2021 zu begehende Jubiläum „300 Jahre Königlich preußische Saline“ aufmerksam. Dieses Jubiläum wäre ein schöner Anlass, den Touristen und Bürgerinnen und Bürgern der Stadt ein fertiges Salinekonzept vorweisen zu können.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Gewährung von Zuwendungen an den Verein „Hallesches Salinemuseum e.V.“ zum Betreiben des Technisches Halloren- und Salinemuseums Halle (Saale) wie folgt:
 - für das Jahr 2016: 520.000 €
 - für die Jahre 2017, 2018, 2019, 2020: jeweils 510.000 €

2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, den in Anlage 4 beigefügten Vertrag über Zuwendungen für das Technische Halloren- und Salinemuseum Halle (Saale) sowie den in Anlage 5 beigefügten Änderungsvertrag des Depositavertrags vom 06.11.2012 abzuschließen.

**zu 7.13 Baubeschluss für das Bauvorhaben der Stadt Halle (Saale) - Zweiter Bauabschnitt Sanierung des ehemaligen Druckereigebäudes im Stadtmuseum, Große Märkerstraße 10
Vorlage: VI/2015/01066**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Realisierung des zweiten Bauabschnitts der Sanierung des ehemaligen Druckereigebäudes auf dem Grundstück des Stadtmuseums Große Märkerstraße 10.
2. Der Stadtrat ändert folgende Beschlüsse:
V/2012/11289 Punkt 2; Satz 1 entfällt und wird gestrichen.
V/2014/12592 Satz 2 entfällt und wird gestrichen

**zu 7.14 Einrichtung eines „Sozialrathauses“ - Grundsatzbeschluss zur räumlichen Bündelung von sozialen Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01429**

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Planungsausschuss, in den Ausschuss für Stadtentwicklung, in den Finanzausschuss und in den Sozialausschuss.

Er bat die Verwaltung darum, in den Ausschüssen ein Konzept zur Diskussion vorzulegen, wie die Verwaltungsstandorte zukünftig organisiert werden sollten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte den Vorschlag, bei einer Umsetzung der im Beschluss genannten Variante, die in einer Grobprüfung ermittelten Standorte mit vorzulegen. Die Verwaltung warte auf eine positive Rückmeldung, um den Verwaltungsaufwand zu minimieren.

Frau Winkler, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, merkte an, dass ein Gesamtentwurf für ein „Sozialrathaus“ vorgelegt werden sollte.

Durch **Herrn Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat**, wurde darauf hingewiesen, dass sich die gesamte Vorlage nur mit den Standorten beschäftigt. Nach wie vor gäbe es kein Gesamtkonzept für die Immobilien der Stadt Halle. Ebenso fehle ein Raumkonzept für die Verwaltung.

Bezüglich des „Sozialrathauses“ fragte **Herr Dr. Meerheim** an, ob die Ideen aus dem ehemaligen Antrag seiner Fraktion zur Einrichtung eines Welcome-Centers in dem „Sozialrathaus“ berücksichtigt werden könnten. Dies würde auch dazu führen, noch andere Partner mit einzubeziehen.

Des Weiteren bat er um Informationen, welche städtischen Teilbereiche in das „Sozialrathaus“ integriert werden sollen und welche Verknüpfungen und Schnittstellen es in die Verwaltung hinein geben wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte den Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim zu. Er machte in diesem Zusammenhang auf den Punkt 2 der Beschlussvorlage aufmerksam, welcher auf die Prüfung des Gebäudes als Vorzugsimmoblie für die Errichtung eines „Sozialrathauses“ hinzielt.

Herr Krause, SPD-Fraktion, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Jugendhilfeausschuss.

Er machte weiterhin deutlich, dass auch andere Varianten zur Nutzung geprüft werden sollten. Außerdem fehle eine Gegenüberstellung von befördernden und nicht befördernden Kräften bei einem solchen Projekt.

Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, bezog sich auf die Aussage des Oberbürgermeisters zur Erstellung eines Raumkonzeptes und verwies darauf, dass schon im Zuge der Diskussion für das geplante Bürohochhaus am Riebeckplatz von der Verwaltung ein fundiertes Standort- und Raumkonzept gefordert wurde.

Aus diesem Grund könne er nicht nachvollziehen, dass ein solches Konzept noch immer nicht vorgelegt werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erläuterte, dass auch schon mit der Einrichtung eines Welcome-Centers eine Bündelung der Aufgaben geschaffen werden sollte. Auf der Grundlage dessen habe man einen konkreten Vorschlag zur Prüfung erarbeitet und hiermit vorgelegt.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

in den

Ausschuss für Planungsangelegenheiten,

in den

Ausschuss für Stadtentwicklung,

in den

**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften,**

in den

Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

und

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Halle (Saale)

in den

Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle (Saale) bekennt sich zum Aufbau eines „Sozialrathauses“ und der Bündelung von verschiedenen sozialen Leistungen unter einem Dach.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Neustädter Scheibe (besonders: Scheibe A) als Vorzugsimmoblie für die Errichtung eines „Sozialrathauses“ zu prüfen. Dazu ist dem Stadtrat ein Nutzungs- und Finanzierungskonzept bis September 2016 zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 7.15 Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA) Vorlage: VI/2015/01229

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Jahresabschluss für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung für das Wirtschaftsjahr 2014 wird festgestellt.
2. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung wird für das Wirtschaftsjahr 2014 gemäß § 18 Abs. 4 Satz 2 EigenBG LSA Entlastung erteilt.
3. Der Jahresgewinn in Höhe von 966.881,96 € wird entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung in den Jahren 2015 bis 2018 für die Umsetzung des Bundesprogramms „Soziale Teilhabe“ sowie der 20 städtischen Stellen des Bundesfreiwilligendienstes und, sofern ausreichend, zur Cofinanzierung für Arbeitsgelegenheiten sowie Arbeitsmarkt- Fördermaßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt, die ESF gefördert sind, eingesetzt.

zu 7.16 Änderungsantrag beim Land Sachsen-Anhalt bezüglich bereits bewilligter Städtebaufördermittel für das Programmjahr 2014 - Sanierung Leichtathletikanlagen des Sportplatzes der Sportgemeinschaft BUNA Halle e.V., Lilienstraße 18, 06122 Halle (Saale) Vorlage: VI/2015/01398

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt vorbehaltlich der Zustimmung des Fördermittelgebers die Sanierung der Leichtathletikanlagen des Sportplatzes der Sportgemeinschaft BUNA Halle e.V. im Rahmen des Förderprogrammes Soziale Stadt Neustadt für das Programmjahr 2014.

Diese Maßnahme soll im Austausch der durch das Land Sachsen-Anhalt bereits bewilligten Maßnahme - Sanierung der Leichtathletikanlagen im Stadion Halle Neustadt - umgesetzt werden.

zu 8 Wiedervorlage

zu 8.1 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur Erweiterung des Angebots von öffentlichen Grillplätzen im Stadtgebiet Halle (Saale) Vorlage: VI/2015/01142

Frau Müller, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, machte deutlich, dass die Aufforderung an die Verwaltung zur Darlegung weiterer Grillflächen im Stadtgebiet auch hätte als Anfrage gestellt werden können. Es sei zu diesem Thema kein Antrag notwendig gewesen und sie könne dem deshalb nicht zustimmen.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, verwies auf die Vorberatungen bezüglich des Inhaltes des Antrages in den Ausschüssen. Den Antrag jetzt zurückzunehmen und eine erneute Anfrage zu dem Thema zu stellen, halte er für einen zu hohen bürokratischen Aufwand.

Er bat deshalb um Zustimmung des Antrages.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

16 Ja-Stimmen

20 Nein-Stimmen

7 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

~~Die acht für das Grillen zugelassenen Bereiche im Stadtgebiet werden um einen Platz am Lehmannsfelsen – Heinrich-Heine-Park ergänzt.~~

~~Darüber hinaus bitte ich die Stadtverwaltung darzulegen, auf welchen Flächen im Stadtgebiet ebenfalls künftig legal gegrillt werden könnte.~~

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert darzulegen, auf welchen Flächen im Stadtgebiet ebenfalls künftig legal gegrillt werden könnte.

**zu 8.2 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum kommunalen Arbeitsmarktmanagement
Vorlage: VI/2015/01285**

Herr Krause, SPD-Fraktion, begründete den Antrag damit, dass mit Blick auf die Programme im ESF, seitens der Stadtverwaltung ein Arbeitsmarktkonzept zur Diskussion vorgelegt werden soll.

In einem solchen Konzept müssen alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Programme erfasst und diese so eingesetzt werden, dass diejenigen, die dringend dessen bedürfen, die Chance einer nachhaltigen Integration bekommen.

Über ein gemeinsam abgestimmtes Vorgehen zwischen Verwaltung und Rat soll versucht werden, einen nachhaltigen Weg zu gehen und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt die Gelegenheit zur Inanspruchnahme einer längerfristigen Integration zu geben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte den Ausführungen von Herrn Krause zu. Er habe auch schon vor einigen Monaten im Bericht des Oberbürgermeisters deutlich gemacht, gemeinsam das Konzept und die Leitlinien entwickeln zu wollen.

Welcher Geschäftsbereich dann die weitere Evaluierung vornehmen wird, hängt von der Zuordnung des Themas durch den Oberbürgermeister ab.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates,** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, schnellstmöglich Leitlinien für ein kommunales Arbeitsmarktmanagement zu erstellen.
2. Die erstellten Leitlinien für das kommunale Arbeitsmarktmanagement dienen als Grundlage für:
 - künftige Fördermittelbeantragungen der Stadt auf dem Feld der Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung
 - die Vertretung der Stadt im Regionalen Arbeitskreis zur Umsetzung des „Operationellen Programms des Europäischen Sozialfonds (ESF) Sachsen-Anhalts“
 - und die Positionierung der Stadt zum Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters Halle
3. Die Leitlinien sind regelmäßig durch den Geschäftsbereich IV zu evaluieren. Änderungen sind dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 8.3 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur sozialen Wohnraumversorgung in der halleschen Innenstadt
Vorlage: VI/2015/00999**

Herr Krause, SPD-Fraktion, gab den Hinweis, dass der Antrag schon ausführlich in den Ausschüssen diskutiert wurde. Mit dem Antrag soll die soziale Wohnraumversorgung in der Innenstadt sichergestellt werden.

Des Weiteren machte **Herr Krause** darauf aufmerksam, dass sich zum Punkt 3. des Beschlusses bezüglich des Termins für die Vorlage eines Konzeptes die Antragsteller auf die Sitzung des Stadtrates im April 2016 abgestimmt haben.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ergänzte, dass gerade in Bezug auf die Zukunft darauf zu achten sei, eine soziale Durchmischung der Innenstadtviertel sicherzustellen.

Sie bat um Zustimmung des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand äußerte sich dahingehend, dass bei einem Beschluss auch gleichzeitig die GWG einen diesbezüglichen Auftrag erhalten soll. Er halte es für wichtig, dass sich beide Wohnungsgesellschaften parallel mit der Aufgabe beschäftigen bzw. das Anliegen deutlich machen.

Durch **Herrn Krause** wurde abschließend noch einmal deutlich gemacht, dass die soziale Wohnraumversorgung im gesamten Stadtgebiet vorhanden sein muss.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH (HWG) wird beauftragt, den Geschäftsführer anzuweisen, ein Konzept zur sozialen Wohnraumversorgung in der halleschen Innenstadt zu erarbeiten.
2. Das Konzept ist unter Berücksichtigung folgender Eckpunkte zu erstellen:
 - a. Personengruppen mit Anrecht auf einen Wohnberechtigungsschein nach Wohnraumförderungsgesetz sowie Bezieher von KdU erhalten durch den Einsatz von subjektbezogenen, flexiblen Mietpreis- und Belegungsbindungen die Möglichkeit, Wohnungen in Beständen der HWG in den Stadtteilen „Altstadt“, „Nördliche Innenstadt“, „Südliche Innenstadt“ und „Paulusviertel“ anzumieten.
 - b. Zur Finanzierung ist durch die HWG ein Sozialfonds einzurichten, der einen angemessenen Umfang von vergünstigtem Wohnraum gewährleistet. Im ersten Jahr sind hierfür zunächst 100.000 Euro einzustellen.
 - c. Auf Basis der durch den Sozialfonds verfügbaren Mittel erarbeitet die HWG eine Zielgröße für einen stabilen Bestand von Wohnungen mit flexibler Mietpreis- und Belegungsbindung in den oben genannten Stadtvierteln.
 - d. Für die im Rahmen des Konzepts belegungsgebundenen Wohnungen wird der Mietpreis pro qm auf eine Brutto-Kaltmiete abgesenkt, die sich z. B. am durch die Stadt bewilligten KdU-Richtwert orientiert. Für den Bindungszeitraum verzichtet die HWG auf Mieterhöhungen und begrenzt sie nach dessen Ablauf in einer festzulegenden Übergangsfrist.

- e. Die individuelle Notwendigkeit der Mietpreis- und Belegungsbindung ist nach einem festzulegenden Intervall zu prüfen und Berechtigungen sind gegebenenfalls fortzuschreiben oder aufzuheben.
 - f. Die HWG erarbeitet gemeinsam mit der Stadtverwaltung eine koordinierte Vorgehensweise, auf deren Basis eine zielgruppengerechte Information und Vermittlung von Wohnungen an berechtigte Personen stattfinden kann.
 - g. Die Wirkung des Gesamtkonzeptes ist jährlich zu evaluieren.
3. Das erarbeitete Konzept ist dem Stadtrat bis zur Sitzung im April 2016 vorzulegen und vor seiner Umsetzung erneut durch die Gesellschafterversammlung zu beschließen.

**zu 8.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße
Vorlage: V/2010/08828**

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete noch einmal ausführlich die Antragstellung durch seine Fraktion.

Im Ergebnis der Antragstellung sollte es um eine Straßenumbenennung gehen. Der Vorschlag seiner Fraktion, einen Teil der Emil-Abderhalden-Straße umzubenennen und bewusst nach einem Widerstandskämpfer oder einem jüdischen, im NS-Regime ermordeten Akademiemitglied zu benennen sowie den zweiten Teil der Straße mit dem Namen Emil-Abderhalden zu belassen, würde die Diskussion und das Ergebnis dazu für die Öffentlichkeit widerspiegeln.

Er bat um Unterstützung für den geänderten Antrag seiner Fraktion.

Frau Dr. Bergner, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, informierte darüber, dass der Antrag im Kulturausschuss schon seit seiner Einbringung im Jahr 2010 eingehend diskutiert wurde. Sie betonte, dass es sich nicht um die Neuvergabe eines Straßennamens, sondern um eine Umbenennung handelt, auf Grund der Bewertung für eine Person.

Im Weiteren wies sie auf die Schlussfolgerung der Martin-Luther-Universität hin, dass eine Umbenennung nicht auf der Tagesordnung steht und sie dieser nicht zustimmen würden. Aus diesem Grund sehe ihre Fraktion keinen Anlass für eine Änderung der derzeitigen Situation.

Frau Dr. Bergner bat den Stadtrat, dem Kulturausschuss zu folgen und dem Antrag abzulehnen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

~~Die Emil-Abderhalden-Straße wird umbenannt.~~ **Die Emil-Abderhalden-Straße wird in zwei Hälften geteilt. Der westliche Teil (Harz bis Adam-Kuckhoff-Straße) behält seinen**

derzeitigen Namen. Der östliche Teil (Adam-Kuckhoff-Straße bis Ludwig-Wucherer-Straße) wird umbenannt.

zu 8.5 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einrichtung einer zentralen Vorhabenliste**
Vorlage: VI/2015/01201

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, informierte darüber, dass schon im Juli 2013 und Februar 2014 nahezu identische Stadtratsbeschlüsse zum gleichen Thema auf Antrag seiner Fraktion beschlossen worden sind.

In diesem Zusammenhang fragte er an, wie die Stadtverwaltung in der Umsetzung mit den genannten Beschlüssen umgeht. Da die Verwaltung den vorliegenden Antrag als gesetzwidrig einstuft, müssten die ehemaligen Beschlüsse auch gesetzwidrig sein.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, führte aus, dass es sich bei dem Antrag darum handelt, größtmögliche Transparenz in die Stadtverwaltung zu bekommen, da in letzter Zeit der Eindruck entstand, zu einem Zeitpunkt über städtische Vorhaben zu reden, wo die Entscheidungen schon gefallen sind. Es müsse frühzeitig darüber diskutiert werden, ob ein entsprechendes Vorhaben in der Form und in der Ausrichtung Bestand haben soll.

Er bat um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, fragte nach, weshalb sich die Verwaltung gegen die Offenlegung einer Vorhabenliste ausspricht. Er halte einen konstruktiven Umgang damit für erforderlich.

Ebenso fragte er nach der Verfahrensweise zum Jahresabschluss 2013. Seiner Ansicht nach sei dieser gesetzwidrig, weil er schon 2014 hätte vorgelegt werden müssen. Er bat Herrn Oberbürgermeister um eine Stellungnahme dazu.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bezog sich auf die Antwort des Oberbürgermeisters auf die Anfrage eines Bürgers in der Bürgerfragestunde zu diesem Thema und bat um eine weitere Erläuterung dazu.

Er verwies weiter darauf, dass der Stadtrat in die Vorplanungsüberlegungen einzubeziehen ist und zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt bestimmte Inhalte in den Fraktionen und mit den Bürgern besprochen werden sollten.

In Bezug auf die Rechtswidrigkeit des Antrages fragte **Herr Wolter** nach einem Vorschlag zur Umsetzung und inwieweit eine Umsetzung durch die Verwaltung schon erfolgt.

Auf Anfrage von **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass die Vorhabenliste auf der Webseite der Stadt Halle (Saale) zu finden sei.

Gleichzeitig werde in den öffentlichen Beigeordnetenkonferenzen zum Jahresabschluss über die Umsetzung der Vorhaben berichtet. Zu Beginn des neuen Haushaltsjahres werden die Vorhaben wiederum in der öffentlichen Beigeordnetenkonferenz sehr ausführlich erläutert und dargestellt und auf der genannten Webseite veröffentlicht.

Auch im nächsten Jahr sollen Anfang des Jahres die Vorhaben in einer öffentlichen Beigeordnetenkonferenz ausführlich beraten werden. Die notwendigen Beschlüsse werden durch den Oberbürgermeister vorbereitet und mit den Ideen und Vorschlägen der Fraktionen ergänzt.

Bezugnehmend auf die Nachfragen von **Herrn Bönisch** führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass es sich um eine interne Angelegenheit handelt, wie die Verwaltung ihre Diskussion zu einem Thema führt. Deshalb sei die Antwort der Verwaltung formal korrekt.

Zum Jahresabschluss 2013 stellte er klar, dass er zum gegebenen Zeitpunkt entscheiden wird, ob er Widerspruch gegen den Jahresabschluss einlegt.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und gegebenenfalls in welcher Form eine Vorhabenliste ähnlich dem Heidelberger Vorbild für Vorhaben und Planungen der Geschäftsbereiche der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe zur frühzeitigen Information von Bürgerschaft und städtischer Gremien in Halle eingeführt werden kann. Ein Prüfergebnis wird dem Stadtrat im 4. Quartal 2015 vorgelegt.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass zu den Tagesordnungspunkten 9.1 bis 9.3 Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, die Sitzungsleitung übernehmen wird.

**zu 9.1 Antrag der Stadträte Denis Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, Hendrik Lange, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, Andreas Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, Melanie Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kay Senius, SPD-Fraktion, zur technischen Ausstattung von Grundschulen
Vorlage: VI/2015/01324**

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, führte dazu aus, dass aufgrund der Haushaltszwänge zahlreiche Grundschulen nicht mehr über ein dauerhaft besetztes Schulsekretariat verfügen. Dies führe dazu, dass den Schülerinnen und Schülern, die zu einem späteren Zeitpunkt als den regulären Unterrichtsbeginn die Schule betreten wollen, nicht geöffnet werden kann, da die Schultür aus Sicherheitsgründen verschlossen ist.

Im Hinblick auch auf die kältere Jahreszeit sei es nicht hinnehmbar und zielführend, dass Schülerinnen und Schüler, welche aufgrund von Verzögerungen auf dem Schulweg, das Schulgebäude zu einem späteren Zeitpunkt betreten wollen, dies nicht ermöglicht werden kann.

Durch die Verwaltung müsse eine Lösung gefunden werden, wie Schülerinnen und Schüler, die außerhalb der Pausenzeiten die Schule erreichen, eingelassen werden können.

Herr Häder verwies in diesem Zusammenhang auch auf Sicherheitsaspekte, die bei einem vor der Schule wartenden Kind nicht gegeben sind.

Es sollten technische Lösungen gefunden werden, um einen nachträglichen Zugang in die Schulgebäude zu gewährleisten.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Grundschulen, bei welchen die Schulsekretariate nicht ständig besetzt sind, unverzüglich technisch so auszustatten, dass außerhalb der Pausenzeiten eintreffende Schüler bemerkt und ihnen die Tür geöffnet werden kann.

zu 9.2 Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zum Reinigungsregime an öffentlichen Schulen
Vorlage: VI/2015/01395

Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, teilte mit, dass im letzten Bildungsausschuss von der Verwaltung das Reinigungsregime an den städtischen Schulen, angepasst an die Haushaltskonsolidierung, vorgestellt wurde, welches demnächst in Kraft treten soll. Sie halte die Haushaltskonsolidierung an der Stelle für kontraproduktiv.

Sie bat um Zustimmung zum Antrag, das Reinigungsregime in dem Niveau durchzuführen, wie es auch an den PPP-Schulen in der Stadt vereinbart wurde.

Durch **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wurde auf die DIN-Norm verwiesen, welche jedoch nicht öffentlich zugänglich ist.

Sie verwies den Antrag im Namen ihrer Fraktion in den Bildungsausschuss, um noch weiter darüber diskutieren zu können. In diesem Zusammenhang bat sie die Verwaltung um die Vorlage der DIN-Norm.

Des Weiteren machte sie den Vorschlag, in Kommunikation mit den Lehrern und Verwaltungskräften feststellen zu lassen, ob es eventuell jahreszeitlich bedingte Unterschiede bei den Reinigungsleistungen geben könnte.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, äußerte sich dahingehend, dass das jetzt vorgeschlagene Reinigungsregime für die Schülerinnen und Schüler sowie für die Lehrkräfte nicht zumutbar sei.

Auch das unterschiedliche Reinigungsniveau an den städtischen Schulen gegenüber den PPP-Schulen könne nicht gerechtfertigt werden.

Im Namen seiner Fraktion verwies er den Antrag zur weiteren Diskussion zusätzlich in den Finanzausschuss.

Im Hinblick auf die Haushaltsrelevanz regte **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, an, das Thema schon in der morgen stattfindenden Finanzausschusssitzung zu behandeln.

Bezüglich der genannten Ungleichbehandlung mit den PPP-Schulen machte er deutlich, dass in diesen Schulen die laufenden Verträge eingehalten werden müssen und deshalb keine bewusste Ungleichbehandlung vorliege.

In Bezug auf die morgige Finanzausschusssitzung machte **Herr Krause, SPD-Fraktion**, darauf aufmerksam, dass zu diesem Termin die Verwaltung dann schon über die finanziellen Auswirkungen informieren müsste.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, sicherte eine Information zur Untersetzung der Zahlen im Ausschuss zu.
Des Weiteren regte Sie an, Herrn Jörg Schulze, Geschäftsführer der HWS, in die Ausschusssitzung einzuladen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**
und
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Bildungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Kürzungen in den Reinigungsleistungen an den Schulen in städtischer Trägerschaft zurückzunehmen und auf dem Niveau wie in den PPP-Schulen durchzuführen.

**zu 9.3 Antrag der Fraktionen DIE LINKE und CDU/FDP im Stadtrat Halle (Saale) zur Einstellung des Verfahrens zum Bebauungsplan Nr. 1, Gewerbegebiet Halle-Neustadt, 2. Änderung
Vorlage: VI/2015/01393**

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, führte aus, dass der Stadtratsbeschluss zur Eröffnung eines weiteren Möbelmarktes in Halle-Neustadt massive Auswirkungen auf das Stadtteilzentrum haben wird. Deshalb sei es dringend geboten, dafür zu sorgen, dass keine negativen Auswirkungen auf das Stadtteilzentrum in Halle-Neustadt entstehen.

Wenn das Verfahren eingestellt ist, müsse sich die Verwaltung für die Eröffnung eines Baumarktes an dieser Stelle einsetzen. Seiner Ansicht nach gäbe es keine mittelgroße Stadt in Sachsen-Anhalt, die in einem solchen Gebiet keinen Baumarkt hätte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag zur weiteren Diskussion in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten. Dabei müsse es auch um die Frage gehen, in wie weit man sich in Unternehmensentscheidungen einmischt.

Durch **Herrn Aldag, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wurde darauf hingewiesen, dass sich seine Fraktion schon im September im Stadtrat gegen den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes ausgesprochen hat. Aus diesem Grund werde jetzt der Aufhebungsbeschluss dazu begrüßt.

Er kritisierte jedoch den Zustand, dass im September ein Beschluss gefasst wurde, welcher zwei Monate später wieder aufgehoben werden soll. Dies könne man den Bürgerinnen und Bürgern nicht verständlich machen. In Zukunft sollten die Beschlussvorlagen gut durchgelesen werden, um entsprechend im Rat entscheiden zu können.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, stellte den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag zur Abstimmung zu stellen, da er schon behandelt wurde.

Durch **Herrn Schreyer, Fachbereichsleiter Recht**, wurde darauf hingewiesen, dass es sich um einen neuen Antrag handelt, welcher noch nicht vorberaten sei und somit das automatische Verweisungsrecht nach § 10 Absatz 2 der Geschäftsordnung greift.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, machte deutlich, dass allein durch die Verhinderung eines weiteren Möbelmarktes in dem Bereich die Ansiedlung eines Baumarktes noch nicht geklärt sei.

In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass in den letzten Jahren zwei Baumärkte in dem Bereich geschlossen wurden, was im Zweifel auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen ist.

Ebenso müsse bei Stadtratsbeschlüssen eine gewisse Verlässlichkeit gegenüber Investoren erforderlich sein.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den

Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Verfahren zum Bebauungsplan Nr.1, Gewerbegebiet Halle-Neustadt, 2. Änderung wird eingestellt.

**zu 9.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Bewohnerparken und zur Bewirtschaftung von Parkflächen im halleschen Stadtgebiet
Vorlage: VI/2015/01397**

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, was mit dem Antrag beschlossen werden soll. Ihrer Meinung nach handelt es sich um eine schriftlich gestellte Frage an die Verwaltung.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, wies darauf hin, dass es seiner Fraktion überlassen werden muss, was sie mit den Antworten auf die in einen Antrag gehüllten Fragen tun werden.

Er stellte weiterhin dar, dass ihn insbesondere der Punkt 2. interessiert, da in anderen Städten dies schon praktiziert wird. Ihm sei deshalb wenig verständlich, warum das Ausstellen von „Besucherparkausweisen“ in den Gebieten, wo es Bewohnerparken gibt, in der Stadt Halle noch nicht geprüft wurde.

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, merkte an, dass es schon einmal von seiner Fraktion eine Anregung bezüglich Besucherparkplätze gegeben habe.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, darzustellen
 - a) in welchen Stadtgebieten bisher ein System zum Bewohnerparken von KFZ umgesetzt wurde (bitte Kartenübersicht anfügen),
 - b) in welchen Stadtteilen eine Bewirtschaftung von Parkplätzen vorgenommen wird (bitte Kartenübersicht anfügen),
 - c) welche weiteren Stadtteile für ein Bewohnerparken bzw. die Bewirtschaftung von Parkplätzen in Frage kommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie in Gebieten des Bewohnerparkens „Besucherparkausweise“ vergeben werden können.

zu 9.7 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Erarbeitung eines wohnungspolitischen Konzeptes für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01235

zu 9.7.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Erarbeitung eines wohnungspolitischen Konzeptes für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01382

Herr Krause, SPD-Fraktion, teilte mit, dass der Antrag schon sehr ausführlich im Ausschuss für Stadtentwicklung diskutiert wurde. In dem Zuge dessen wurde auch der Änderungsantrag der Verwaltung übernommen und man erwartet eine dementsprechende Vorlage bis zum vorgegebenen Zeitpunkt.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zeigte sich erfreut darüber, dass sich eine antragstellende Mehrheit für die Erarbeitung eines wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt Halle gefunden hat.

Es gäbe auch viele günstige und gute Beispiele dafür, wie und mit wem man ein solches wohnungspolitisches Konzept erarbeiten kann. Dabei geht es auch um eine politische Schwerpunktsetzung und um eine Vorausplanung, was mit den kommunalen Wohnungsunternehmen für die Bürgerinnen und Bürger geleistet werden soll und welche Aufgaben die Wohnungsgesellschaften dabei zu übernehmen haben.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

zu 9.7.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Erarbeitung eines wohnungspolitischen Konzeptes für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01382

Abstimmungsergebnis: erledigt
durch Übernahme

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird mit folgender Änderung in Punkt 4. bestätigt:

4. Das wohnungspolitische Konzept ist dem Stadtrat zu seiner Sitzung im Dezember 2017 zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Ausschuss für Stadtentwicklung ist bei jeder Sitzung über den Fortgang der Erarbeitung zu unterrichten.

zu 9.7 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Erarbeitung eines wohnungspolitischen Konzeptes für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01235

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Dialog mit den städtischen Wohnungsgesellschaften, den privaten Wohnungsunternehmen und weiteren relevanten Akteuren ein wohnungspolitisches Konzept für die Stadt Halle zu erarbeiten, das u. a. Handlungsschwerpunkte und -bedarfe für eine vielfältige und soziale Wohnraumversorgung benennt.
Im Rahmen der Erarbeitung sollen u. a. folgende Eckpunkte erörtert werden:

- Die Notwendigkeit einer differenzierten Sanierungspolitik, die unter Maßgabe einer wirtschaftlichen Wohnungspolitik nicht nur auf hochwertige Sanierungen setzt
 - Die Beachtung eines sozialverträglichen Umgangs mit Mietanpassungen, Modernisierungsumlagen etc.
 - Die Berücksichtigung von AsylbewerberInnen und Asylberechtigten als einkommensschwache Haushalte mit erschwertem Zugang zum Wohnungsmarkt
 - Die Beachtung der Herausforderungen von alters-, behinderten- und familien-gerechter sowie energetischer Sanierung
 - Die Notwendigkeit einer vorausschauenden städtischen Flächen- und Liegen-schaftspolitik
 - Die Berücksichtigung von sich überlagernden Anforderungen und Zielkonflikten
 - Die Abstimmung des wohnungspolitischen Konzeptes mit den Ergebnissen und Zielen des ISEK, um Wohnungspolitik als Instrument der Stadtentwicklung zu nutzen
 - Die Möglichkeit der Etablierung von Ziel- und Kooperationsvereinbarungen zwischen der Stadt sowie ihren städtischen Beteiligungen und privaten Wohnungsunternehmen
2. Das dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegende Konzept ist mit übergeordneten Leitlinien und davon abgeleiteten Instrumenten bzw. Maßnahmen zu untersetzen, welche auf Basis eines andauernden Monitorings regelmäßig evaluiert und gegebenenfalls angepasst oder erweitert werden. Für die Evaluation der Inhalte des Konzeptes wird die Einbindung bzw. Nutzung eines Gremiums zur städtischen Wohnungspolitik, z.B. des „Netzwerks Stadtentwicklung“ angeregt.
 3. Bei der Erstellung des Konzeptes ist das Instrument der flexiblen Mietpreis- und Belegungsbindung zu berücksichtigen (siehe Antrag VI/2015/00999).
 4. Das wohnungspolitische Konzept ist dem Stadtrat zu seiner Sitzung im Dezember 2017 zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Ausschuss für Stadtentwicklung ist bei jeder Sitzung über den Fortgang der Erarbeitung zu unterrichten.

**zu 9.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sturmschäden machen Baumpflanzungen erforderlich
Vorlage: VI/2015/01412**

Herr Aldag, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete den Antrag mit den Folgen des Sturmes am 07. Juli 2015.

Im Ordnungs- und Umweltausschuss wurden von Seiten der Verwaltung die Auflistung der Schäden sowie die möglichen Kosten bei Nachpflanzungen bereitgestellt. In der Summe geht es um fast 400.000 Euro, die für Neupflanzungen notwendig wäre.

In diesem Zusammenhang machte **Herr Aldag** deutlich, dass davon ausgegangen wird, dass die Verwaltung Möglichkeiten, Lösungen und finanzielle Mittel finden muss, wie der Verlust an den vielen Bäumen kompensiert werden kann.

Da der Antrag in einen Ausschuss zur weiteren Diskussion verwiesen wurde, bat er die Verwaltung um die Einbringung eines entsprechenden Vorschlages dazu.

Des Weiteren machte **Herr Aldag** auf das Instrument der „Baumpatenschaften“ aufmerksam.

Im Zuge der Sturmschäden gäbe es viel Zuspruch von Bürgerinnen und Bürger, die bereit wären, mehr Baumpatenschaften zu übernehmen und Geld dafür zu geben.

Bezüglich der Webseite der Stadt zu „Baumpatenschaften“ bat er um eine attraktivere Gestaltung und Werbung. Als Beispiel nannte er die Stadt Leipzig, welche die Thematik sehr offensiv und mit gezielter Werbung umsetzt.

Abschließend informierte **Herr Aldag** darüber, dass seine Fraktion sechs Bäume zur Nachpflanzung spendet. Er bat die Stadträtinnen und Stadträte, dem Beispiel zu folgen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Herr Krause, SPD-Fraktion, erinnerte an die Haushaltsberatung im letzten Jahr, wo im Finanzausschuss Ersatzpflanzungen für 100 Bäume für insgesamt 250.000 Euro beschlossen worden sind.

Er regte an, bei der Diskussion in der Ausschusssitzung darüber nachzudenken, dass der verursachte Sturmschaden nicht allein über „Baumspenden“ und „Baumpatenschaften“ behoben werden kann. Es müsse ein finanzieller Ansatz dahingehend geschaffen werden, mit einer solchen Maßnahme in größerem Umfang beginnen zu können.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, angesichts der Schadensbilanz im Bereich Stadtgrün infolge der Sturmereignisse am 07. Juli 2015 einen Vorschlag für die Einwerbung von Baumspenden und Baumpatenschaften zugunsten der betroffenen Stadtteile in Halle zu entwickeln.

**zu 9.10 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TiSA (Trade in Services Agreement)
Vorlage: VI/2015/01399**

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, begründete den Antrag mit der Forderung an die Verwaltung, sich für die Offenlegung des Verhandlungsstandes über das Freihandelsabkommen TiSA einzusetzen und die Einbeziehung von kommunalen Vertretern in die Verhandlungen einzufordern.

Er bat um Zustimmung des Antrages.

Herr Eigendorf, SPD-Fraktion, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion zur weiteren Diskussion in den Wirtschaftsausschuss.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, regte an, in einer geeigneten Form im Amtsblatt die Bürgerinnen und Bürger über das Thema und die Folgen des Abkommens zu informieren.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den

**Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung
sowie Beschäftigung**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Deutschen Städtetag, den Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) und den Verband kommunaler Unternehmen (VKU) aufzufordern, von der Bundesregierung und der Europäischen Union die Offenlegung des Verhandlungsstandes über das Freihandelsabkommen TiSA und die Einbeziehung von kommunalen Vertretern in die Verhandlungen einzufordern.

Insbesondere soll gefordert werden,

- dass die Verhandlungen im Rahmen der WTO stattfinden,
- dass der Vertragstext veröffentlicht wird und keiner Geheimhaltung unterliegt
- sowie keine Standstill- (Stillstand-), Ratchet- (Sperrklinken-), Future-Proofing- (Zukunftssicherheit-) oder Negativlisten-Klausel enthält.

Das Schreiben an den Deutschen Städtetag, den DStGB und den VKU ist den Stadträtinnen und Stadträten zur Kenntnis zu geben.

**zu 9.11 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Anpassung der Richtlinie für die Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01401**

Frau Dr. Schöps, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, begründete die Einbringung des Antrages mit einer notwendigen Ergänzung der Förderrichtlinie Sport in einigen Punkten. Die Ergänzungen durch zusätzliche Angaben der Antragsteller bilde eine bessere Grundlage für die Entscheidung über die knappen Sportfördermittel und würde diese erleichtern.

Die Empfehlung der Verwaltung, den Antrag abzulehnen, könne ihre Fraktion nicht nachvollziehen. Aus diesem Grund verwies sie den Antrag im Namen ihrer Fraktion in den Sportausschuss.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
in den
Sportausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Richtlinie für die Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale) mit folgenden Kriterien zu ergänzen:

2. Antragstellung (S.2)

Antragsberechtigt sind:

- eingetragene, gemeinnützige Sportvereine, die ihren Sitz in der Stadt Halle (Saale) haben;
- Vereine, die dem Stadtsportbund Halle (Saale) angehören **und ihren Sitz in der Stadt Halle (Saale) haben;**
- Sportfachverbände des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale);
- weitere gemeinnützige Träger, die in ihrer Satzung die Förderung des Sports aufgenommen haben **und ihren Sitz in der Stadt Halle (Saale) haben.**

3. Antragsverfahren, Zuwendungsbewilligung, Verwendungsnachweis (S. 2):

Der Antragsteller stellt eine Übersicht mit folgenden Angaben zur Verfügung:

- **Skizze zu Inhalt und Charakter der Veranstaltung**
- **Kostenübersicht**
- **Differenzierte Darstellung der Einnahmen aus Startgeldern, Eintrittsgelder und Sponsoren (ohne Stadtzuschuss)**
 - **Differenzierte Darstellung der Ausgaben der Veranstaltungen**
 - **Zuschauerzahlen**

Der Antragsteller fügt eine Bewertung der Veranstaltung – verfasst vom jeweiligen Landesfachverband / Stadtsportbund - mit folgenden Angaben dem Antrag bei:

- **Statement über die Veranstaltung, Stellenwert des Wettkampfes aus ihrer Sicht**
- **welche finanzielle und ideelle Unterstützung erfolgt durch den Fachverband oder Stadtsportbund**

Die Verwaltung stellt dem zuständigen Fachausschuss eine Bewertung des Antrages zusätzlich mit folgenden Angaben zur Verfügung:

- **Prüfung der korrekten Anwendung der Förderrichtlinie**
- **Erstempfehlung der Förderhöhe**
- **Gewichtung der sportlichen Außenwirkung für die Stadt und Region**

Die Änderungen der Richtlinie werden für das Förderjahr 2017 wirksam.

zu 9.12 **Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Schaffung von Sozialwohnungen im Rahmen von Wohnungsbau- oder Sanierungsprojekten der HWG und GWG**
Vorlage: VI/2015/01404

Durch **Frau Dr. Schöps, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, wurde der Antrag damit begründet, dass die soziale Verantwortung der städtischen Wohnungsgesellschaften auf dem Gebiet Sanierung und Neubau eingefordert werden soll.

Anstoß für den Antrag seien auch die bekannten Sanierungsvorhaben der HWG, wie den Neubau von hochpreisigen Wohnungen in der Heideallee, gewesen. Mit dem Antrag soll über die Schaffung eines ausreichenden Anteiles sozialverträglichen Wohnraumes in der Stadt nachgedacht werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss, in den Ausschuss für Stadtentwicklung und in den Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften.

In den Ausschusssitzungen könne den Geschäftsführern der Wohnungsgesellschaften die Gelegenheit gegeben werden, einen ausführlichen Sachstand ihrer Wohnungsbestände darzustellen.

Herrn Krause, SPD-Fraktion, erklärte, dass der Antrag hätte zurückgezogen werden müssen, da im letzten Stadtentwicklungsausschuss die Geschäftsführer der kommunalen Gesellschaften sehr konkret darstellten, wie hoch das Engagement der kommunalen Unternehmen im Moment in diesem Bereich ist.

Des Weiteren wies er darauf hin, dass der Vorschlag, eine Forderung von 20 Prozent der vorgesehenen Wohneinheiten als Wohnraum mit sozialverträglichen Mieten anzusetzen, einen Eingriff in das operative Geschäft der Unternehmen darstellt.

Er halte den Antrag für erledigt.

Durch **Herrn Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat**, wurde ergänzt, dass der Inhalt des Antrages Gegenstand bei der Betrachtung eines wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt Halle sein soll.

In diesem Zusammenhang verwies er auf bestehende Wohnungskonzepte in anderen Städten, in denen man sich per Satzungsbeschluss festlegt, auch andere Erschließungsmaßnahmen durch andere Bauträger zu beauftragen.

Im Rahmen der Erstellung des Konzeptes für die Stadt Halle sollte der Inhalt des Antrages mit berücksichtigt werden. Vor dem Hintergrund des schon beschlossenen Antrages zum TOP 9.7 halte er den eigenständigen Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum gleichen Thema für hinfällig.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss,
in den
Ausschuss für Stadtentwicklung,
und in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der HWG und GWG zu beschließen, dass ab sofort bei Wohnungsbau- und Sanierungsprojekten, mindestens 20 Prozent der vorgesehenen Wohneinheiten als Wohnraum mit sozialverträglichen Mieten (angelehnt an den Ansatz der Kosten der Unterkunft) vorgehalten werden.

zu 9.13 Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Optimierung von Zahlungsvorgängen und der damit verbundenen Verbesserung des Bürgerservices

Vorlage: VI/2015/01295

-erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters-

Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, informierte darüber, dass trotz des Widerspruches des Oberbürgermeisters, im Fachbereich Soziales bereits Kassenautomaten beschafft worden sind.

Da es bisher noch keine offizielle Mitteilung dazu gab, werde der Antrag seiner Fraktion aufrechterhalten. Er bat um Zustimmung.

Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass die Kassenautomaten bereits Anfang Oktober 2015 bestellt wurden und er schon damals über den Sachverhalt berichtet habe.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, folgende Möglichkeiten zur Optimierung von Zahlungsvorgängen in der Abteilung Bürgerservice des Fachbereichs Einwohnerwesen und im Fachbereich Soziales zu prüfen und noch im Jahr 2015 im Ausschuss für Finanzen, städtisches Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zu berichten:

- 1) Einsatz von Kassenautomaten
- 2) Bereitstellung von ganzheitlichen elektronischen Bezahlungsmöglichkeiten

zu 9.14 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) sowie der Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2015/01299

-erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters-

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

§ 9
Beigeordnete

§ 9 (3) der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) wird wie folgt geändert:

1. Die Beigeordneten nehmen an den Ausschusssitzungen teil, wenn ihre Zuständigkeit gegeben ist.
2. Kann ein Beigeordneter (ggf. der Oberbürgermeister) nicht an einer Ausschusssitzung teilnehmen, bei der seine Zuständigkeit gegeben ist, hat er dem Ausschussvorsitzenden sein Fehlen und die hierfür vorliegende Begründung anzuzeigen.

**zu 9.15 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bestellung eines Mitglieds in den Stiftungsrat der Paul-Riebeck-Stiftung
Vorlage: VI/2015/01485**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestellt gemäß § 8 Abs. 1 der Stiftungssatzung Frau Annika Seidel-Jähmig in den Stiftungsrat der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale.

**zu 9.16 Dringlichkeitsantrag des Finanzausschusses zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 (Vorlage: VI/2015/01200)
Vorlage: VI/2015/01497**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zur Abschlussberatung der Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 am Donnerstag, den 26.11.2015, die sogenannten Sekundärkosten für die Stadt Halle (Saale) in der Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 darzustellen, welche entstehen, wenn

Personen mit Flüchtlingsstatus bzw. Personen aus dem Asylverfahren ein Bleiberecht für die Stadt Halle (Saale) zugesprochen bekommen. Darunter sind zum Beispiel KdU, anteilige Personalkosten o.ä. aufzuführen.

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 10.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Änderung bei der Bereitstellung von Müllbehältern Vorlage: VI/2015/01162

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Ausdehnung der Umweltzone Vorlage: VI/2015/01383

Herr Scholtyssek äußerte sich dahingehend, dass er den Zeitpunkt zur Vergrößerung der Umweltzone nicht nachvollziehen kann. Im Luftreinhalteplan wurde für die dritte Stufe der 1. September 2014 benannt, was an die Bedingung der Fertigstellung der HES gekoppelt war. Beide Bedingungen wurden jedoch bisher nicht erfüllt.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, verwies darauf, dass es eine Aufgabe der Stadtverwaltung sei, alles zu unternehmen, um nicht in die Lage, wie andere Städte zu kommen, und von der EU angeschrieben zu werden.

In diesem Zusammenhang berichtete er aus den Gremien des Deutschen Städtetages, wo darüber informiert wurde, dass die Deutsche Umwelthilfe Klage gegen die Stadt führen kann. Aus diesem Grund sei es sinnvoll, Möglichkeiten zu prüfen, das Thema Luftreinhaltung schrittweise nach vorn zu bringen.

zu 10.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Abbiegespur am Riebeckplatz Vorlage: VI/2015/01384

Herr Scholtyssek informierte darüber, dass der Beschluss zur Abbiegespur am Riebeckplatz bewusst vom Gestaltungsbeschluss der Merseburger Straße abgekoppelt wurde.

Bezugnehmend auf seine Anfrage und die darauf erfolgte Stellungnahme der Verwaltung fragte **Herr Scholtyssek** nach, wie der in der Stellungnahme dargestellte neue Beschlussvorschlag aussehen wird und ob mehrere Gestaltungsvorschläge durch die Verwaltung vorgelegt werden.

Durch **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, wurde dazu mitgeteilt, dass in der Regel der Gestaltungsbeschluss immer ein Vorschlag ist, welche Variante gewählt wird. Er sicherte zu, darzulegen, weshalb eine Variante nicht favorisiert werde.

Zum Inhalt der Vorlage könne er noch keine Aussagen treffen, da diese bis April 2016 erarbeitet werden soll.

Auf Nachfrage von **Herrn Scholtyssek** bestätigte **Herr Beigeordneter Stäglin**, ausreichend Zeit für Diskussionen nach dem Vorliegen des Gestaltungsbeschlusses.

**zu 10.4 Anfrage des Stadtrates Ulrich Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu den LQE-Verhandlungen
Vorlage: VI/2015/01096**

Herr Peinhardt äußerte seine Unzufriedenheit über die Qualität der Beantwortung seiner Anfrage durch die Verwaltung. Aus diesem Grund werde er die Fragen zu gegebener Zeit an geeigneter Stelle noch einmal stellen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass die Fragen aus Sicht der Verwaltung von der neu gewählten Beigeordneten für Bildung und Soziales erschöpfend beantwortet worden sind.

**zu 10.5 Anfrage des Stadtrates Ulrich Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Unterstützung freier digitaler Netzwerke in Halle
Vorlage: VI/2015/01405**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.6 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Umsetzung des Beschlusses zur Durchsetzung der Barrierefreiheit (IV/2010/09227)
Vorlage: VI/2015/01276**

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, bedankte sich bei der Verwaltung für die Beantwortung der Anfrage.

**zu 10.7 Anfrage der SPD-Fraktion zu Widersprüchen des Oberbürgermeisters
Vorlage: VI/2015/01409**

Herr Krause, SPD-Fraktion, bedankte sich bei der Verwaltung für die Beantwortung der Anfrage.

In diesem Zusammenhang fragte er nach der Anzahl der noch offenen Widersprüche.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf den hinteren Teil der Übersicht, in welchem die noch offenen Widersprüche aufgelistet sind.

**zu 10.8 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Führungskräftebefragung
und zur Mitarbeiterbefragung
Vorlage: VI/2015/01410**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, machte deutlich, dass seine Fraktion Akteneinsicht zum Thema der Führungskräfte- und Mitarbeiterbefragung beantragen wird.

**zu 10.9 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Sportareal am Gesund-
brunnen und zu Parkflächen
Vorlage: VI/2015/01411**

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt in der Stadtratssitzung im Dezember 2015.

**zu 10.10 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Restriktionen für Anwohner
durch das Verkehrs- und Sicherheitskonzept des Erdgas-Sportparks
Vorlage: VI/2015/01413**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.11 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Reinigung städtischer
Gebäude
Vorlage: VI/2015/01292**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abfallwirtschaft in der
Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01287**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abfallbeseitigung in Grünanlagen
Vorlage: VI/2015/01203

Bezugnehmend auf die Antwort der Verwaltung fragte **Herr Aldag, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, nach, ob der dargestellte Zustand für die Verwaltung hinnehmbar sei oder ob zusätzliche Maßnahmen einzuleiten sind.

Des Weiteren bat er um eine Mitteilung durch die Verwaltung, in welcher Weise der Saalestammtisch über das Thema diskutiert hat.

Durch **Frau Ernst, Büroleiterin**, wurde darüber informiert, dass der Saalestammtisch einbezogen wurde, da man der Müllthematik auf der Peißnitz auch durch präventive Maßnahmen begegnen wolle.

Mit der Einbeziehung der Anrainer will man die Möglichkeit nutzen, gemeinsam Ideen zu entwickeln, die im Ordnungsausschuss vorgestellt und diskutiert werden sollen.

zu 10.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur geplanten Öffnung des Mühlgrabens für Paddelboote
Vorlage: VI/2015/00868

In Bezug auf die Antwort der Verwaltung wies **Herr Aldag, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, darauf hin, dass es laut einem Gutachten zu Sedimentablagerungen notwendig sei, diese Sedimentablagerungen auszubaggern. Er fragte nach, wie die Stadt damit umgeht und welche Ideen es dazu gibt.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, verwies darauf, dass für den Mühlgraben das Land zuständig sei und vor der Abschichtung des Gewässers eventuell noch entsprechende Zusagen vom Land umgesetzt werden. Er sicherte zu, im Ordnungs- und Umweltausschuss fortlaufend darüber zu berichten.

Ebenfalls werde er eine Aufbereitung bezüglich der Zuständigkeiten für den Ordnungs- und Umweltausschuss veranlassen und vorlegen.

zu 10.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwendung von Stellplatzablösebeiträgen
Vorlage: VI/2015/01400

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt in der Stadtratssitzung im Dezember 2015.

zu 10.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Alleenschutz in der Merseburger Straße
Vorlage: VI/2015/01403

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stadtgrün im Bereich des Gimritzer Damms
Vorlage: VI/2015/01408**

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt in der Stadtratssitzung im Dezember 2015.

**zu 10.18 Anfrage der Stadträtin Regina Schöps (NEUES FORUM) zur Wasserqualität am Hufeisensee
Vorlage: VI/2015/01396**

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt in der Stadtratssitzung im Dezember 2015.

**zu 10.19 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Wiederauf-
forstung der Dölauer Heide
Vorlage: VI/2015/01402**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 Mitteilungen

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte über das Vorliegen nachfolgend genannter Mitteilungen.

**zu 11.1 Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt und Aufnahme weiterer innerstädtischer Gebietsnamen in den Amtlichen Stadtplan der Stadt Halle (Saale), Vorlagen-Nummer: V/2013/11461
Vorlage: VI/2015/01023**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 11.2 Quartalsbericht II/2015 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: VI/2015/01108**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.3 Quartalsbericht II/2015 - Aufbau des Fachbereichs Immobilien
Vorlage: VI/2015/01074

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.4 Familienberichterstattung - Teilbericht Bildung 2015
Vorlage: VI/2015/01181

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass drei mündliche Anfragen von Stadträten schriftlich eingereicht worden sind:

1. Herr Klätte, Stadtrat, zu Schlaglöchern im Gebiet Rosengarten
2. Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Neubau eines Spielplatzes in Nietleben
3. Herr Lange, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zum Engagement-Beirat der Stadt

Herr Lange bat die betreffenden Stadträte, ihre Fragen noch einmal mündlich zu stellen.

zu 12.1 Anfrage Herr Kaßner, Stadtrat, zu Schlaglöchern

Herr Kaßner teilte mit, dass es in den Straßen im Gebiet des Rosengartens große Schlaglöcher gibt und fragte nach deren Beseitigung.

Des Weiteren fragte er an, ob es ein Management gibt, wie mit Schlaglöchern in der Stadt umgegangen wird.

Durch **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, wurde dazu mitgeteilt, dass bei dieser Thematik Prioritäten nach Dringlichkeit und Schadenspotenz gesetzt werden müssen.

Für die Straßenkontrollen im Stadtgebiet gibt es vier Straßeninspektoren, die den Straßenzustand einschließlich der Geh- und Radwege in Abhängigkeit von der Verkehrsbedeutung der jeweiligen Straßen einmal bzw. mehrmals jährlich kontrollieren. Damit werden die Schäden aufgenommen, unabhängig von der Schlaglochmeldung über die Homepage oder Hinweise über das Team Bürgerengagement oder direkte Nachfragen.

Die notwendigen Reparaturen werden dann erfasst und entsprechend nach Dringlichkeit die Reparaturaufträge ausgelöst. Akute Unfallgefahren werden unverzüglich behoben.

zu 12.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zum Neubau eines Spielplatzes in Nietleben
Vorlage: VI/2015/01481

Da Herr Schachtschneider zur Sitzung nicht anwesend war, fragte **Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, nach dem derzeitigen Stand der Planung für einen Spielplatz in Nietleben und wann mit einer Realisierung des Bauvorhabens gerechnet wird.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, bezog sich bei der Beantwortung auf die im Stadtrat beschlossene Spielflächenkonzeption, mit der der Bedarf für einen Spielplatz in Nietleben bestätigt wird.

Als Standort dafür ist der ursprüngliche Standort am Heidesee vorgesehen, bei dem die Ausstattung zurückgebaut werden musste. In Gesprächen mit der Bürgerinitiative in Nietleben und im Zuge der Beteiligung zum ISEK wurde deutlich, dass dieser Standort favorisiert wird.

Da es in Nietleben keine Förderkulisse gibt, stehen keine Möglichkeiten eines Förderprogramms zur Verfügung und das Projekt könne nur mit Eigenmitteln finanziert werden. Mit Blick auf den Haushalt sei ersichtlich, dass für den jetzt aufgestellten Haushalt ein solches Projekt noch nicht enthalten ist. Damit könne erst für das Jahr 2017 ein solches Projekt sichergestellt werden.

Des Weiteren sei es möglich, mit Engagement und Initiativen vor Ort, die Stadt in dieser Angelegenheit zu unterstützen

zu 12.3 Anfrage Herr Lange, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zum Engagement-Beirat der Stadt Halle (Saale)

Herr Lange fragte an, wie die Stadtverwaltung mit den Handlungsempfehlungen des Engagement-Beirates umgeht, wann die Maßnahmen zur Einführung der Ehrenamtskarte umgesetzt werden und wie und wann die Empfehlung des Engagement-Beirates zur Durchführung einer Anerkennungsveranstaltung in gemeinsamer Verantwortung der Stadtverwaltung und dem Stadtrat realisiert werden?

Durch **Herrn Paulsen, Grundsatzreferent**, wurde dazu mitgeteilt, dass die Empfehlungen des Engagement-Beirates aus Sicht der Stadt noch nicht umsetzungsreif sind und aktuell Gespräche mit dem Engagement-Beirat bzw. Vertretern des Beirates dazu stattfinden. Demnach könne eine Umsetzung der Maßnahmen frühestens 2016 erfolgen.

zu 12.4 mdl. Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zu Preisabsprachen auf dem Weihnachtsmarkt

Herr Krause fragte an, ob eine Preisabsprache zum Glühweinausschank zwischen den Händlern auf dem Weihnachtsmarkt wettbewerbsrechtlich zulässig sei oder ob die Stadt diesbezüglich handeln müsse.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.5 mdl. Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zum Quartalsbericht II/2015 - Aufbau des Fachbereiches Immobilien

Bezugnehmend auf die Mitteilung der Verwaltung zum Aufbau des Fachbereiches Immobilien machte **Herr Dr. Meerheim** auf die darin befindlichen Aussagen aufmerksam, dass aktuelle und genauere Bewirtschaftungskosten erst ab dem 1. Quartal 2016 verfügbar sind, aktuelle Flächendaten für Verwaltungsstandorte ab dem 4. Quartal 2015 und aktuelle Raumdaten für Verwaltungsgebäude wie Schulen, Funktionalgebäude und Gebäude, die drittvermietet sind, vielleicht erst in vier bis fünf Jahren zu erwarten sind.

In diesem Zusammenhang fragte er an, welche Zahlen im Haushalt abgebildet wurden und was in den vergangenen Jahren gemacht wurde, wenn momentan keine Daten zur Verfügung stehen.

Herr Dr. Meerheim fragte nach Möglichkeiten, die Prozesse zu beschleunigen. Dabei verwies er auf die Diskussion um ein „Sozialrathaus“ und der Verwendung der Scheibe A in Halle-Neustadt. Dafür sei eine Kosten-Nutzen-Rechnung des Objektes im Vergleich mit anderen städtischen Immobilien erforderlich.

Herr Heinz, Fachbereichsleiter Immobilien, verwies in der Beantwortung der Anfragen von Herrn Dr. Meerheim auf zwei Aspekte.

Zum einen ging es um die Software EDV. Bei der Rückführung des Eigenbetriebes wurden einige Arbeitsaufträge ausgelöst, insbesondere SAP, AEFX und ähnliche Systeme, um diese reibungslos in die Stadtverwaltung zu implementieren, damit die Schnittstellen beseitigt sind. Die technischen Probleme wurden mittlerweile gelöst und im nächsten Jahr wird man in der Lage sein, verfügbare Daten zu analysieren und Objekt für Objekt präzise darzustellen.

Im Weiteren verwies er auf das Konzept der HWG, in welchem über summarische Einschätzungen, Abgleiche, Schätzungen und Erfahrungswerte aus anderen Beispielen, Rückschlüsse gezogen worden sind.

Die Verwaltung habe sich aber zum Ziel gesetzt, das Konzept professionell aufzubauen, um damit eine Möglichkeit zu haben, das Lebenszyklusmodell sauber herzuleiten. Dies sei ein laufender Prozess und man sei jetzt dabei, präzise und sauber die Daten aufzuarbeiten. Der Ablauf „Sozialrathaus“ werde davon nicht behindert.

zu 12.6 mdl. Anfrage Frau Krischok, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zum Präventionsrat

Frau Krischok nahm Bezug auf die Vorhabenliste der Stadt Halle und die dort aufgeführte Stärkung des Präventionsrates. Sie fragte nach, in welcher Form die Stärkung des Präventionsrates erfolgen wird.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde darauf hingewiesen, dass der Auftrag zur Beschreibung der Tätigkeiten und Projekte aus dem Präventionsrat selbst kam.

Momentan gäbe es einen Wechsel an dessen Spitze und die Verwaltung führe Gespräche mit der Polizei, die möglicherweise den Vorsitz übernehmen könnte. Dies müsse in weiteren Diskussionen geklärt werden. Danach orientieren sich auch die zu bearbeitenden Projekte.

Wenn die Polizei stärker mit ihren Präventionsprojekte im Präventionsrat auftritt, werde man schneller in die Umsetzungsphase kommen.

zu 12.7 mdl. Anfrage Frau Krischok, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zu mobilen Arbeitsplätzen im Einwohnerwesen

Auf die Nachfragen von **Frau Krischok** zum Stand der mobilen Arbeitsplätze im Bereich Einwohnerwesen, teilte **Herr Bürgermeister Geier** mit, dass man sich noch in der Überprüfung befindet und es sich um eine Kosten- und Organisationsfrage handelt.

Er sicherte eine schriftliche Beantwortung diesbezüglich zu.

zu 12.8 mdl. Anfrage Frau Krischok, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zur Grünflächenpflegekonzeption

Frau Krischok fragte an, wann die Grünflächenpflegekonzeption vorliegen wird.

Durch **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, wurde mitgeteilt, dass laut dem Projektplan innerhalb des Geschäftsbereiches in diesem Jahr eine Fertigstellung der Grünflächenpflegekonzeption erfolgen wird.

Anfang des nächsten Jahres, im I. Quartal, werde die Konzeption in die Gremien zur Diskussion eingebracht.

zu 12.9 mdl. Anfrage Frau Krischok, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zum Umsetzungsplan

Frau Krischok erinnerte an die Beschlussfassung im Stadtrat am 27.02.2013 zum Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzept mit zweijährlicher Berichterstattung und Fortschreibung nach fünf Jahren.

Sie fragte nach, wann der Umsetzungsplan zum Beschluss durch die Verwaltung vorgelegt wird.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, verwies darauf, dass der Umsetzungsplan Anfang des nächsten Jahres vorliegen wird.

zu 12.10 mdl. Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur übergebenen Unterschriftenliste

Herr Scholtyssek nahm Bezug auf die Übergabe einer Unterschriftenliste in der Einwohnerfragestunde an die Verwaltung und fragte nach, wie mit den Listen weiter umgegangen werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Prüfung der Unterschriftenliste und die Prüfung von Überlegungen zum weiteren Umgang damit zu.

zu 12.11 mdl. Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur oberen Merseburger Straße

Herr Scholtyssek merkte an, dass es zur Gestaltung im Bereich der oberen Merseburger Straße einen sehr umfänglichen Beteiligungsprozess des Stadtrates gab und mehrere Varianten vorgestellt und diskutiert worden sind.

Der Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN zum Alleenschutz habe er entnommen, dass diese Verfahrensweise nicht gesichert ist und der Planungsausschuss in Abhängigkeit der Vorplanungsergebnisse informiert wird.

Er halte dieses Vorgehen nicht für nachvollziehbar und bat um die analoge Verfahrensweise, wie zur Merseburger Straße.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, machte deutlich, dass über die nördliche Merseburger Straße aufgrund der Komplexität und Schwierigkeit frühzeitig berichtet wurde.

Wenn zum Schluss eine relativ klare Lösung vorliegt, die alle Aspekte erfüllen sollte, müssten die vorherigen Schritte nicht alle umgesetzt werden.

Wenn jedoch das Erfordernis besteht und man sich in der Konfliktsituation verschiedener Zielsetzungen befindet, sei es sinnvoll, im Verfahren frühzeitig zu informieren.

Herr Beigeordneter Stäglin sicherte zu, die Anregung von Herrn Scholtyssek aufzunehmen.

zu 12.12 mdl. Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Kleingartenanlage "Luft und Sonne"

Herr Scholtyssek teilte mit, dass er Kenntnis davon erhalten habe, dass demnächst die Hälfte der Gartenanlage geräumt werden soll, weil dort ein Investor ein Tank- und Rastplatz einrichten möchte.

Er fragte an, ob der Verwaltung die Anfrage bzw. ein Bauantrag eines Investors diesbezüglich vorliege und ob der Standort am Dessauer Platz für geeignet gehalten wird.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.13 mdl. Anfrage Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu legalen Grillplätzen im Stadtgebiet

Die Anfrage von **Herrn Peinhardt**, auf welchen Flächen im Stadtgebiet es legale Grillplätze gibt und ob diese auf der Internetseite der Stadt veröffentlicht werden könnten, wurde für erledigt erklärt, da bereits eine Umsetzung diesbezüglich erfolgt ist.

zu 12.14 mdl. Anfrage Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Stellplatzablöse

Bezogen auf die Stellplatzablöse für den Steintorcampus fragte **Herr Peinhardt** nach der zukünftigen Verwendung der Mittel.

Seiner Ansicht nach wäre es sinnvoll, in diesem Bereich ein Parkhaus zu bauen.

Zur Thematik Stellplatzablöse wurde durch **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, klargestellt, dass die Ablöse für den Bau neuer Stellplätze zu verwenden ist. Die Frage des Mitteleinsatzes hänge aber auch an der Frage der Verfügbarkeit von Flächen für den Bau von entsprechenden Stellplätzen.

Beim Steintorcampus habe es auch nicht am Willen der Akteure gescheitert, sondern an der Verfügbarkeit des dafür vorgesehenen Grundstückes.

Mit der Stellplatzablöse habe die Stadt ein Instrument, bei dem ein Einsatz von Mitteln für Stellplatzprojekte möglich ist. Im Moment liegt aber noch kein Konzept für ein Projekt diesbezüglich vor. Die Diskussion dazu soll Anfang des nächsten Jahres in den entsprechenden Gremien erfolgen.

zu 12.15 mdl. Anfrage Herr Aldag, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Klimaschutz-Woche

Herr Aldag wies auf den am Wochenende stattfindenden Klimaschutz-Gipfel in Paris hin und fragte an, ob das Dienstleistungszentrum Klimaschutz sich in der Klimaschutz-Woche mit bestimmten Projekten beteiligt.

Sollte dies nicht der Fall sein, regte er an, das Thema künftig offensiver zu bearbeiten und zu bewerben.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte mit, dass von seinem Bereich konkret zu dem Ereignis nichts vorgesehen sei.

Jedoch wurde über den Städte- und Gemeindebund die Stadt Halle als eine von wenigen Großstädten als Teilnehmer des bundesweiten Prozesses erwähnt.

zu 12.16 mdl. Anfrage Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Prüfergebnis "Wildtierfreier Zirkus"

Frau Bohm-Eisenbrandt fragte an, wann der Stadtrat mit einem ausführlichen Prüfergebnis zum „wildtierfreien Zirkus“ rechnen kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 12.17 mdl. Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM,
zur Gesamtabchlussrichtlinie der Stadt Halle (Saale)**

Bezugnehmend auf den Stadtratsbeschluss zur Vertagung der Gesamtabchlussrichtlinie fragte **Herr Wolter** nach, bis zu welcher Sitzung der Beschluss vertagt wurde.

Herr Bürgermeister Geier sicherte zu, die Richtlinie so schnell als möglich wieder im Stadtrat vorzulegen. Die Verwaltung wird umgehend die Anfrage beim Land stellen, ob mit einer Verschiebung der Einführung des Gesamtabchlusses zu rechnen ist oder nicht.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde darauf hingewiesen, dass der Gesamtabchluss laut Kommunalverfassung gesetzlich vorgeschrieben sei.

Das Land könne möglicherweise nur die Verpflichtung des Einschreitens gegen die Kommune verschieben. Er empfahl einen rechtzeitigen Beginn der Diskussion zur Gesamtabchlussrichtlinie.

**zu 12.18 mdl. Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM,
zu Widersprüchen des Oberbürgermeisters**

Zu den Widersprüchen durch den Oberbürgermeister fragte **Herr Wolter** an, ob dieser den Hauptausschuss als Instrumentarium zur Klärung verschiedenartig gerichteter Beschlüsse nutzen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, in der Begründung ausführlich dargestellt zu haben, dass es die Pflicht des Oberbürgermeisters ist, gegen rechtswidrige Beschlüsse vorzugehen, wenn er dieser Auffassung ist.

Der Anregung von Herrn Wolter könne er jedoch zustimmen, wenn eine Diskussion aus zeitlichen Gründen möglich ist. Er schlug vor, mit der heutigen Stadtratssitzung im nächsten Hauptausschuss die Diskussion zu beginnen.

zu 12.19 mdl. Anfrage Herr Lange, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zur Leitergasse

Herr Lange fragte nach, ob es durch die Verwaltung einen Vor-Ort-Termin zur Besichtigung der Treppenstufen in der Leitergasse gab.

Durch **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, wurde ein Vor-Ort-Termin bestätigt, in welchem festgestellt wurde, dass teilweise Stufen nicht richtig vom Licht erreicht werden und einige Stufen von der Höhe unterschiedlich sind.

Als Option wurde eine Prüfung der Anbringung eines hellen Streifens an die Treppe vorgeschlagen. Sobald eine Rückmeldung dazu vorliegt, werde er den Stadtrat darüber informieren.

zu 12.20 mdl. Anfrage Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Personalbedarf 2016

Herr Doege nahm Bezug auf eine Pressemitteilung, in welcher mitgeteilt wurde, dass im nächsten Jahr aufgrund der Flüchtlingssituation mit einem Personalbedarf von 180 Stellen Mehrbedarf gerechnet wird.

Er fragte nach den entsprechenden Unterlagen dazu und bat um die kurzfristige Aushändigung derselben, um im nächsten Personalausschuss darüber diskutieren zu können.

Herr Bürgermeister Geier bestätigte eine Verteilung der Unterlagen bis zum Personalausschuss.

Im vorliegenden Fall habe es die Vereinbarung gegeben, dass der aktuelle Stand durch die Verwaltung erarbeitet wird, was verfahrensmäßig nicht anders zu bewerkstelligen war.

Des Weiteren machte er deutlich, dass die 180 Stellen eine maximal mögliche Gesamtzahl über den Betrachtungszeitraum Sommer 2015 bis Ende des Jahres 2016 darstellt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ergänzte, dass bereits 51 Stellen durch den Stadtrat freigegeben worden sind.

Unter den Voraussetzungen, für jede einzelne Stelle zwingend den Bedarf im Rahmen der Freigabe vorzulegen, könne dies nicht prognostiziert werden. Die Stellen sind je nach Arbeitsanfall nach und nach freizugeben.

Im vorliegenden Fall wurde der Bedarf zunächst ermittelt. Ob die Stellen tatsächlich zum Einsatz kommen, ist jetzt noch nicht vorhersehbar. So wie sich bundespolitisch der Maßnahmenkorridor ändert, liegt eine komplett neue Situation vor. Jede Veränderung an den Grenzen wirkt sich unmittelbar auf die Mitarbeiterzahl aus.

Herr Doege machte darauf aufmerksam, dass man sich im Personalausschuss darauf verständigt hatte, einen relativ aktuellen Stand eine Woche vor der Sitzung vorzulegen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand entschuldigte sich für das Vorgehen der Verwaltung und sicherte eine Verbesserung diesbezüglich zu.

zu 13 Anregungen

Es lagen keine Anregungen vor.

zu 14 Anträge auf Akteneinsicht

zu 14.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Akteneinsicht zur Führungskräftebefragung 2014 und zum Projekt Mitarbeiterbefragung

Herr Krause, SPD-Fraktion, informierte darüber, dass seine Fraktion Akteneinsicht zur Führungskräftebefragung und zum Projekt Mitarbeiterbefragung beantragt hat.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete den öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates vom 25.11.2015.

Hendrik Lange
Vorsitzender des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer